

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark...

Der „Vorwärts“ mit der „Mittwochsonntagsbeilage „Volk und Welt“...

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 26. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Anzeigenpreise:

Die einzeilige Nonpareille 20 Pfennig, Reklametexte 5.- Reichsmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Die Kaiserkomödie.

Falsche Sensation. — Unmögliche Rückkehr Wilhelms II.

Paris, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der „Temps“ führt an leitender Stelle aus, daß keinerlei Annäherung...

Die Wahrheit für Wilhelm.

Die Monarchisten wenden sich von ihm ab.

Unsere Feststellung, daß in der gesamten Rechtspresse sich keine Stimme für eine Rückkehr Wilhelms II. erhoben...

Es ist Zeit für ein ernstes Wort. Vor einigen Monaten veröffentlichte das „Berliner Tageblatt“ das vertrauliche Schreiben einer Vereinigung von Männern...

holländischem Gebiet sowohl im Interesse des eigenen Landes wie im Interesse der internationalen Sicherheit aufgelegt würden.

Obwohl so durch die internationalen Verpflichtungen Hollands ein gewisser Schutz gegen eine Ueberstapelung des Exkaisers geschaffen ist...

Ebenso gut, wie die Republik kraft Gesetz Wilhelm vom Throne fernhält, muß sie kraft Gesetz ihn von ihren Grenzen fernhalten.

Der große Kampf in England.

Baldwin steht fest zu den Unternehmern. — Verlängerung des Ausnahmezustandes.

London, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Unterhaus versammelte sich am Montag zu einer neuen Verlängerung des Ausnahmezustandes.

Auch Lloyd George, der Clynnes folgte, griff die Regierung auf das Schärfste an. Er beschuldigte sie des Mangels an Unparteilichkeit...

Baldwin, der nach Lloyd George sprach, erklärte, daß er keine neuen Vorschläge im Namen der Regierung zu machen hätte.

Verschwiegene Entschliessungen.

Die zwei Gesichter der Deutschnationalen.

Mit den Vorgängen auf dem deutschnationalen Landesparteitag für Brandenburg haben wir uns schon in unserem gestrigen Abendblatt kurz beschäftigt.

Es ist schon gestern hier gesagt worden, daß die Regierungssehnfüchtigen in der Deutschnationalen Partei die auf dem Brandenburger Parteitag gefassten Entschliessungen mit sehr gemischten Gefühlen ansehen würden.

Angenommen wurde in Potsdam, wie von uns bereits mitgeteilt, eine Entschliessung, in der die französische Republik als „unser Erbfeind“ bezeichnet wird.

Von den zahlreichen deutschnationalen Blättern Berlins meldet diesen Wortlaut nur ein einziges: die alldeutsche „Deutsche Zeitung“.

Man könnte über dieses allgemeine Schweigen erfreut sein, wenn man annehmen dürfte, es bedeute eine Beurteilung jenes Beschlusses...

Eine solche Entschliessung kann das ganze Geschäft verderben. Deswegen unternimmt man den törichtesten Versuch, sie totzuschweigen.

Nicht genug damit! Der Brandenburger Landesparteitag nahm noch eine zweite Entschliessung an, die innenpolitisch ebenso interessant ist...

Die Wüstenhege gegen unser Königshaus hat in der letzten Zeit einen Grad erreicht, der nicht mehr übertroffen werden kann.

Auch diese Entschliessung ist von der „Telegraphen-Union“ verbreitet worden. Auch sie wird nur von der „Deutschen Zeitung“ abgedruckt!

Der „Tag“ erwähnt nur die außenpolitische Resolution, aus der er einen Satz, stark verwässert, wiedergibt.

Der „Lokal-Anzeiger“ sagt geschämigt: „Es wurden eine Reihe von Entschliessungen angenommen.“

„Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlichen einen gleichlautenden Bericht, in dem es zum Schluß heißt:

Nichts von Bekenntnis zur Monarchie! Nichts von „Treue zum Königshaus“, der nach der naiven Meinung der Brandenburger „bei jeder Gelegenheit“ Ausdruck gegeben werden soll!

Die Deutschnationalen wollen in die Regierung! Deutschnationale Führer sind bereit, mit zwei Händen — und hätten sie vier, mit vieren! — den Eid auf die Republik zu schwören.

Darf Wilhelm zurückkehren?

Die Rechtslage.

Bis in extreme Rechtsstreife hinein ist man überzeugt, daß Wilhelm als Thronpräsident nicht in Frage kommt.

Vom Standpunkt des internationalen Rechtes aus hatte Holland am 2. März 1920 die Auslieferung an die Entente verweigert, dabei aber — in dem an Lloyd George als Vorsitzenden des Obersten Rates gerichteten Schreiben — erklärt, daß es sich der Pflichten bewußt sei, die ihm durch Anwesenheit des früheren Kaisers auf

Zeiten vorfichtig sein? Verdammt die Tapfheit der Brandenburger, die in solchen Zeiten von einem „Bekennnis zur Monarchie“ und gar von der „Treue zum angestammten Königshaus“ daherschwärmten! Und um Gotteswillen kein Wort davon in die Zeitung!

Wobei immer noch nebenbei zu bemerken ist, daß selbst die rechtsradikalen Brandenburger nur von der Treue „zum angestammten Königshaus“ reden, nicht von der Treue zum angestammten König. Ist der selbst für sie erledigt?

Gleichwohl! Die Brandenburger sind die Schreckenslinder der Deutschnationalen Partei geworden. Sie plaudern aus der Schule. Sie stampfen in Wasserliefeln einher, wo sonst alles auf Filzpantoffeln schleicht. Sie machen aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Schimpfen Frankreich den „Erbfeind“, predigen „Treue zum angestammten Königshaus“. Sie verderben das ganze Geschäft.

Die „Deutsche Zeitung“ will das Geschäft verderben. Sie bekämpft den Eintritt in die Regierung. Darum druckt sie die Brandenburger Resolutionen wohlgefällig ab. „Vokal-Anzeiger“, „Tag“, „Deutsche Tageszeitung“, „Kreuzzeitung“ wollen in die Regierung. Darum verschweigen sie den Wortlaut.

Jetzt weiß man wenigstens, wovon der Stärkegrad nationaler und monarchistischer Gesinnung abhängt!

Das Schlimmste in der Politik sind nicht irgendwelche auch noch so verkehrte Ueberzeugungen, die mit Mut und Aufrichtigkeit vertreten werden. Das Schlimmste in der Politik sind Fehler des Charakters, wie Feigheit und Berlogeneheit.

Als es galt, für die sogenannte „Dawesierung der Reichsbahn“ die notwendige Zweidrittelmehrheit zu schaffen, da stimmte die Hälfte der Deutschnationalen für die „Berstlavung Deutschlands“ unter der einzigen Bedingung, daß es dafür Ministerportefeuilles gab.

Während die Deutschnationalen in der Regierung saßen, bereitete Stresemann Locarno und den Eintritt in den Völkerbund vor. Die Deutschnationalen stellten sich blind und taub, bis es ihnen gelungen war, zusammen mit dem Zentrum und der Volkspartei höhere Brotzölle zu erreichen. Dann erst bekamen sie einen nationalen Entrüstungssturm und verließen die Regierung.

Jetzt wollen sie wieder hinein, jetzt geben sie wieder Pflichten. Da meldet eben die „Telegraphen-Union“, der wir soviel Aufklärung verdanken, aus Hildesheim:

Im Anschluß an den deutschnationalen Parteitag des Landesverbandes Südhannover fand hier eine Rundgebung der Deutschnationalen Volkspartei statt, in deren Verlauf der Reichstagsabgeordnete Dr. v. Dröbner die inner- und außenpolitischen Fragen der Gegenwart behandelte. Einleitend betonend, daß für Deutschland kein Anlaß zur Rutlosigkeit bestehe, führte er aus, daß, wenn die Siegerstaaten den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund verlangt hätten, dies zweifellos eine Stärkung des moralischen Prestiges Deutschlands bedeute. Eine andere Frage sei es, ob der Eintritt für uns nicht zu teuer erkaufte sei. Die Deutschnationalen gingen an die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund mit dem Maßstab heran: Wo gibt es für Deutschland größere Anschlussmöglichkeiten, im Völkerbund oder außerhalb desselben. Die nationalen Deutschen seien bereit, allen denen die Hände zu reichen, die sich die politische Freiheit Deutschlands zum Ziel gesetzt hätten. Die Deutschnationalen seien zum Parlamentarismus und zur Koalition bereit.

Zur Koalition mit Parteien, die sich republikanisch nennen, bereit! Bereit zur Koalition mit Stresemann, dem Mann von Genf, Locarno und Thoiry! Bereit zum Parlamentarismus. Darum, um alles in der Welt jetzt, jetzt kein Wort über den Erbfeind! Kein Wort über Monarchie und Königshaus! Jetzt steckt man seine kriegspatriotische und monarchistische Gesinnung in die Tasche, damit sie hübsch warm bleibt.

Diese Erbärmlichkeit heißt deutschnational! Diese Erbärmlichkeit will regieren!

Das Schmutz- und Schundgesetz.

Eine Erklärung vom Gen. Heinrich Schulz.

In einer Rede auf der demokratischen Führertagung soll Minister Dr. Rülz nach dem Bericht der „Bosf. Ztg.“ gefragt haben, das Gesetz gegen Schmutz und Schund könne doch nicht so schlimm sein, wie man es mache, denn es habe den sozialdemokratischen Staatssekretär Heinrich Schulz zum Verfasser. Wir haben uns an Gen. Schulz gewandt mit der Bitte, den Tatbestand aufzuklären und erhielten von ihm folgende Zuschrift:

Es trifft zu, daß ich für einen am 17. Januar 1924 von dem damaligen Herrn Reichsminister des Innern Dr. Jarres dem Reichsrat zur Beschlußfassung übergebenen Gesetzentwurf gegen die Schundliteratur die volle Verantwortung zu übernehmen habe und daß ich sie hierfür auch gern übernehme. Dies und nichts anderes hat Herr Reichsinnenminister Dr. Rülz im Auge gehabt mit seiner Erklärung, die nach seiner eigenen mir bestätigten Angabe dahin lautete: „daß der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Jugend gegen Schmutz und Schund von Staatssekretär Schulz eingebracht worden sei.“

Es handelte sich hierbei um einen Entwurf, der auf Grund meiner Vorbereitungen mit den Verbänden für Volksbildung und Jugendwohlfahrt einerseits, des Buchhandels und der Literatur und Kunst andererseits zustande gekommen war. Nach diesem Entwurf sollte ein Buch auf eine Reichsdruckliste gesetzt werden können, sofern vier von den genannten Verbänden mit Zustimmung des Reichs zu schaffende Reichsprüfungsorgane einstimmig ein Buch als Schund erklären. Dieser Entwurf ist durch die Beschlüsse des Reichsrats leider in wesentlichen Bestimmungen verändert worden. Für den abgeänderten Entwurf aber habe ich keine Verantwortung übernommen und kann ich sie nicht übernehmen. Einstimmigkeit der Prüfungsinstanzen ist für mich von Anfang an die Vorbedingung für diesen Gesetzentwurf gewesen, zumal noch unter dem Zwang der Not auf eine Bestimmung des Begriffs „Schund“ verzichtet werden mußte. An den weiteren Veränderungen, die der Entwurf in den Beratungen des Reichstagsausschusses erfahren hat, bin ich weder als Beamter noch als Abgeordneter beteiligt gewesen.

Bei dem Gesetzentwurf, der zurzeit das geistige Deutschland mit Recht so lebhaft beschäftigt, kommt also für mich eine „Vaterschaft“ nicht in Frage.

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß sich Herr Dr. Rülz entweder mißverständlich ausgedrückt hat oder daß er vom Berichterstatter der „Bosf. Ztg.“ falsch verstanden worden ist.

Hoffnung auf die KPD.

Der deutschnationale Marekty gibt sie nicht auf.

Im „Tag“ redet der deutschnationale Landtagsabgeordnete Marekty der Volkspartei gut zu, sie sollten doch den Deutschnationalen nicht die Treue brechen, sondern weiter mit ihnen „nationale Opposition“ spielen. Wenn man fest zupacke, werde man es schon zwingen. Er versichert:

Der Kampf um einen angemessenen Einfluß der Rechten in Preußen ist der wichtigste Abschnitt des Kampfes um die politische Macht in Deutschland. Für den Sieg wird mit ausschlaggebend sein, auf welcher Seite die Beharrlichkeit des Kampfwillens die größere ist.

Die Hoffnung auf diesen Sieg will sich Marekty nicht nehmen lassen. Er duldet keine Flaumacherei. Darum schreibt er auch:

Auch der Einwand ist nicht stichhaltig, daß sich die Lage durch die Haltung der Kommunisten grundlegend verändert hätte. Die kommunistische Partei hat zwar in den letzten Monaten vor den Verhandlungen über den Hohenzollern-Bergleich den Sturz der Regierung Braun zu verhindern gesucht, aber nach den neuerlichen Vorgängen und der scharfen Zuspitzung des Verhältnisses zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten ist eine Veränderung in dem

lastischen Verhalten der Kommunisten gegenüber dem Kabinett durchaus möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich.

Also, der Sieg winkt, er ist beinahe schon da — mit Hilfe der Kommunisten. Und geht es nicht in diesem Landtag, dann geht es im nächsten. Denn bei den nächsten Wahlen so plant auch Marakty — und der Wunsch ist der Vater des Gedankens — würden die Kommunisten den Sozialdemokraten Wähler abnehmen, und dann werde die republikanische Regierungskoalition zusammenbrechen.

Und dann ist der Sieg der Monarchisten und Reaktionäre im Kampfe um die Macht erreicht. Mit Beharrlichkeit — und mit Hilfe der Kommunisten!

Pariser Sozialistentagung.

Richtlinien für die Senatswahlen.

Paris, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Pariser sozialistische Parteitag am Sonntag findet als das Vorbild zu der bevorstehenden Sitzung des Nationalrats große Beachtung; daß der Parteitag sich mit starker Stimmenmehrheit für Paul Boncour als Völkerbunddelegierten aussprach, hat übersehen. Man schließt daraus, daß die Stellung Boncour endgültig festgelegt ist. Es ist besonders bemerkenswert, da die Pariser Parteiorganisation stets strengere Ansichten in Fragen der Parteidisziplin vertritt als die Föderation der Provinzen.

Der Beschluß, in den kommenden Senatswahlen im ersten Wahlgang eigene Listen aufzustellen und im zweiten Wahlgang den Parteimitgliedern jedes Zusammengehören auf einer Liste mit Kandidaten zu verbieten, die Parteien des Nationalen Blocks nahesteht oder nahe gestanden haben, wird, wie man hier betont, im Spezialfall der Kandidatur Painlevés in Paris gefährden, wenn nicht sogar ganz hinfällig machen. Es darf als ziemlich ausgeschlossen gelten, daß Painlevé ohne die sozialistische Unterstützung eine genügende Mehrheit zusammenbringt. Vorläufig muß jedenfalls abgewartet werden, ob der Nationalrat diesen Beschluß zu eigen macht. Man glaubt allgemein, daß die Provinzföderationen im Nationalrat eine weniger intransigente Tendenz vertreten werden und rechnet mit einer eventuellen Abschwächung des ziemlich radikalen Beschlusses vom Sonntag.

Ukrainerheke in Polen.

Sozialistische Gegenaktion. — Das Minderheitenproblem.

Warschau, 25. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im „Robotnik“ veröffentlicht Genosse Niedzialkowski anlässlich der Ermordung des Schulkurators Sobinski in Lemberg einen Artikel gegen die Kampagne der nationalsozialistischen Presse gegen die gesamte ukrainische Bevölkerung. Er erklärt, daß von einer Schuld irgendeiner der großen politischen Parteien keine Rede sein könne. Der Mord bedeute vielmehr ein Signal dafür, daß die Zustände in dem ukrainischen Teil Polens unhaltbar seien und die Zuspitzung der Verhältnisse ihre Grenzen erreicht habe. Seit dem Ratumssturz seien fünf Monate vergangen, ohne daß die Regierung etwas getan habe, um eine Besserung in der Minderheitenpolitik herbeizuführen. Es sei noch nicht einmal ein Programm dafür aufgestellt. Die Stimmen der aufrichtigen Demokraten in Polen, die ein Zusammenleben und Zusammenwirken mit dem ukrainischen Volke anstrebten, seien unbeachtet gelassen worden.

Der Artikel schließt mit dem Hinweis, daß der Sieg des demokratischen Gedankens in Polen nicht zuletzt von der Lösung des Minderheitenproblems abhängt, wie sie die polnische Sozialistische Partei in Übereinstimmung mit ihren nichtpolnischen Bruderparteien fordere.

Kein Erzberger-Mörder verhaftet. Die Meldung der englischen Presse, daß in Wölflinghausen im Elsaß einer der seit langem gesuchten Erzberger-Mörder verhaftet worden sei, wird von der zuständigen Polizeibehörde dementiert. Es trifft zu, daß ein deutscher Staatsangehöriger vor wenigen Tagen in Wölflinghausen verhaftet worden ist. Die Feststellung seiner Personalia hat jedoch ergeben, daß er mit einem der Erzberger-Mörder nicht identisch ist.

Der heftige Volkseinsturm über die Frage der Landtagsauflösung ist auf den 5. Dezember festgesetzt.

Der 300-Millionenkredit für den Rußland-Export ist erst zu einem Drittel in Anspruch genommen, braucht also vorläufig nicht erhöht zu werden.

Wilhelm und der „Berg der Wahrheit.“

Wir haben mit Freuden vernommen, daß Wilhelm der Zweite und Letzte die bößliche Absicht hat, sich auf dem Berg der Wahrheit in der Schweiz zur Ruhe zu setzen. Wir wissen allerdings nicht, ob Herr Poincaré und Herr Baldwin, die seinerzeit seine Majestät an den Galgen hängen wollten, diesen Umzug von Doorn nach Ascona gestatten werden. Immerhin ist zu sagen, daß Wilhelm II. mit der Wahl seines evtl. neuen Aufenthaltsortes keinen schlechten Geschmack gezeigt hat. Denn wer auch immer bei Ascona im Monte Verità emporgestiegen ist, blieb einige Zeit, um sich dort niederzulassen. Allerdings waren es meistens nicht sehr normale Leute, die diesen etwas beschwerlichen Weg beschritten.

Die Landschaft auf dem Monte Verità ist paradiesisch, besonders im Sommer, wenn die Eidechsen auf den heißen Steinen liegen, wenn die Johannismwürmer nächtens über den Wiesen leuchten, wenn die Millionen von Fröschen ihre Jubelmusik quaken und wenn die goldgesprenkelten Wolke sich in den kleinen Gräben der glühenden Hügel erfreuen.

Außer den Wolken, den Eidechsen, den Schlangen und den Riesenschnecken gab es auf dem Monte Verità zu allen Zeiten begehrte Maler, und manche hatten sogar Talent. Allerdings hatten die meisten niemals Geld, und nirgends in der Welt ist soviel gepumpt worden wie auf dem Monte Verità. Man weiß eigentlich nicht recht, was Wilhelm dort tun soll. Doch man weiß ganz genau, was er dort tun wird. Denn er hat ja wohl erfahren, daß auf dem Monte Verità seit Jahren die freie Liebe mit Inbrunst und außerordentlichem Talent gepflegt wird. Vor einigen Jahren war der reichste Herr auf dem Wahrheitsberg ein okkultistischer Belgier, der nicht nur mit dem lieben Gott und mit der ganzen Armee der Engel zum mindesten riesenbrüderlich verkehrte, sondern sich auch durch eine sehr irdische Weiberarmee — durchliebte. Dieser beglückte Herr des Wahrheitsberges hat auch das Hotel gebaut, in dem augenblicklich Wilhelm II. geratene und ungeratene Söhne wohnen, vielleicht, um für den Herrn Papa Quartier zu machen.

Wer auf dem Monte Verità nachts nicht schlafen kann, der verkehrt meistens mit Geistern. Das heißt: es haben die Theosophen, die sich als Erben des verstorbenen Rudolf Steiner ansehen, dort eine ganze Kolonie von Geistesbeschwörern gebildet. Es gibt da neben den irdischen freien Ehen auch sogenannte Astralehen, aus denen sogar Astralfinder hervorgehen. Diese überirdisch empfangenen und sehr irdisch geborenen Bastarde laufen dann dreieckig und rohnig durch die Straßen von Ascona. Man erzählt sich, daß nicht der Vater, der die Altmene zahlen muß, sondern ein himmlischer Liebesvater an dem kleinen Wurm schuldig ist, das sich zusammen mit den Eidechsen auf der Straße sonnt.

Außerdem haufen auf dem Wahrheitsberg seit altersher die Naturanbeter, die sich nur von Kräutern nähren. Viel wird auch

auf dem Berg der Wahrheit gehungert, nicht nur aus Dolles, sondern aus Bestauschung. Ja, es ist schon vorgekommen, daß sich auf dem Monte Verità amerikanische Millionäre einfanden, um unter okkultistischer Aufsicht ihre Hungertur durchzuführen. Die Hungertur auf dem Berge der Wahrheit ist nämlich weltberühmt.

Keine gute Seele braucht auf dem Berg der Wahrheit unterzugehen. Denn allgemein wird dort an die Seelenwanderung geglaubt. Die alten Damen meinen, daß sie wieder als liebliche Rädchen nach ihrem Tod auf die Erde zurückkehren werden, und die Schnorrer, die übrigens einer Familie mit den Faulenzern sind, hoffen, daß ihre künftige Inkarnation sie zu Kaisern machen wird. Sollte Wilhelm II. also Gelegenheit haben, ein Ehrenbürger des Monte Verità zu werden, so wird ihm zahlreiche Gelegenheiten geboten sein, die künftigen Erben seiner Macht zu studieren.

Die Kinoentwicklung in Deutschland. Ueber die Entwicklung des Lichtspielwesens in Deutschland wird jetzt von amtlicher Stelle eine Uebersicht gegeben. Im Jahre 1900 wurden die ersten Kinogründungen in Hamburg und Würzburg vorgenommen, im Jahre 1913 waren schon rund 2370 Lichtspielhäuser in Betrieb, deren Zahl nach nicht unbeträchtlicher Ueberhöhung in den letzten Inflationsjahren — hier betragen sie mehr als 4000 — bis zum Jahre 1925 auf etwa 3600 zurückgegangen war. Im Jahre 1925 kamen danach auf eine Million Einwohner etwa 58 Lichtspieltheater. Bei dieser Uebersicht muß aber auch beachtet werden, daß die Kinoszene ständig größer geworden ist. Während im Jahre 1910 ein Lichtspieltheater im Durchschnitt 200 Plätze aufwies, entfielen im Jahre 1925 auf ein Theater durchschnittlich 335 Plätze. Insgesamt stehen jeden Abend in den deutschen Lichtspieltheatern 1 275 000 Plätze zur Verfügung. Sehr merkwürdig ist die Verteilung der Kinos in den einzelnen deutschen Ländern. An der Spitze steht seit längerer Zeit Baden-Württemberg mit 10 Theatern auf 100 000 Einwohner, an letzter Stelle steht Württemberg mit 3 Theatern auf 100 000 Einwohner. Von den Großstädten, die wegen ihrer geringen Zahl von Lichtspieltheatern ausfallen, sind besonders die industriereichen Städte des Westens, wie Duisburg, Essen, Elberfeld, M. Gladbach, Oberhausen und andere bemerkenswert, während umgekehrt Leipzig, Hannover, Mannheim, Halle und Wiesbaden eine sehr gute Versorgung mit Kinos aufweisen. Die Deutschen gehören jedenfalls zu den begeistertsten Kinobesuchern, denn aus der vorliegenden Kinostatistik ergibt sich weiter, daß Deutschland nach der Zahl der Theaterplätze mit an der Spitze steht. Es wird nur durch England und insbesondere durch Amerika übertroffen.

Ein Gedächtnisphänomen. Es ist bekannt, daß Schwachsinnige ein erstaunliches Gedächtnis haben oder tüchtige Redekünstler sind. Ein solcher Gedächtniskünstler ist ein in München lebender junger Mann, namens Karl Seisler. Er entstammt einer angesehenen Bürgerfamilie, in der niemals ein Schwachsinniger vorkam. In seinem sechsten Lebensjahre erkrankte er an Gehirnzentrischen, die seine geistige Entwicklung hemmte. Er kam einige Jahre in das Institut Haar bei München. Dort erhielt er den Namen „Unser Kalenderbub“, weil er Tag und Stunde sämtlicher Ereignisse und Begeben-

heiten, die die Anstalt betrafen, im Gedächtnis hatte. Ihm Lesen und Rechnen beizubringen, war nicht möglich. Zu Hause machte er sich vor allem dadurch unentbehrlich, daß er seinem Vater ein lebendes Werkbuch wurde, das niemals verlagte. Der junge Mann vermag 3 B. anzugeben, was für ein Tag die Daten der Jahre von 1916 bis 1940 sind. Dabei erfolgt die Antwort unverzüglich auf die Frage, ohne daß er sich auch nur einmal irrt. Stundenlang, ohne daß sich bei ihm eine Spur von Ermüdung zeigt, hält er dieser Prüfung stand und empfindet dabei vielmehr unbändige Freude wie ein Kind.

Es ist möglich, rechnerisch festzustellen, ob z. B. der 21. April 1931 ein Dienstag oder Sonnabend ist. Dazu gehören immerhin beachtenswerte rechnerische Fähigkeiten. Eine solche Frage im Bruchteil einer Sekunde zu beantworten, dazu gehört außergewöhnliche Begabung im Rechnen. Karl Seisler aber kann nicht rechnen. Er kann gerade das kleine Einmaleins, weil er es auswendig gelernt hat. Man darf daher annehmen, daß sein Unterbewußtsein arbeitet, sein Oberbewußtsein aber die Resultate festhält und dabei Leistungen vollbringt, die den jungen Mann zu einem Phänomen stempeln; denn auswendig aus Kalendern vermag er die Tage nicht zu erkennen, weil er nicht lesen kann, und außerdem gibt es vielleicht von 1927 Kalender, nicht aber von späteren Jahren. Den Wertes ist der junge Mann ein Rätsel. Keiner von ihnen, der Karl Seisler geprüft hatte, konnte die seltsamen Fähigkeiten erklären. S. S.

„Der Student von Prag“, die neue Bildfassung nach H. S. Ewers Manuskript, erlebte bei ihrer Uraufführung im Capitol einen starken Erfolg. Man kennt den Stoff aus H. Wegners Bearbeitung; der arme Student verkauft sein Spiegelbild (seine Seele), aber handelt damit nur Unglück ein, von dem er sich durch Selbstmord erst wieder erlöst. Farbige Studentenleben (mit viel Musik!), das alte Gemälde von Prag, vor allem aber die Romantik des Spiegelbildes ist von H. Galeen im Bilde prachtvoll eingeleitet. Konrad Veid: Ist alle Negler keiner Dämonie spielen, Werner Krauß gibt dem Bucherer (Teufel) folgenreichen Ausbruch. Ein Triumph der Technik ist es, wie die beiden Spaltungen der Persönlichkeit vom selben Darsteller Veid nebeneinander, miteinander und gegeneinander in Aktion gesetzt sind. d.

Gerhart Hauptmann hielt Sonnabend, abends 8 Uhr, im Reichstagsgebäude des Unterhausgebäudes nachstehender deutscher Schriftsteller, den der Verband Deutscher Erzähler vermalte.

Maßstab. Das für den 27. Oktober in der Philharmonie angekündigte Konzert von Moriz Rosenthal muß auf den 7. November verlegt werden. Dafür findet das vollständige Konzert des Philharmonischen Orchesters statt.

Im Festung-Museum werden Donnerstag, 8 Uhr, zum 60. Geburtstag von Balder Rihod-Stahn und Georg Schumann Werke von beiden zum Vortrag gebracht.

Ein Goldklumpen von 3 Kilogramm. Ein Goldklumpen, der über 3 Kilogramm wiegt, ist in der Nähe von Kalgoorlie in Australien gefunden worden. Nachdem er eingeschmolzen war, ergab das reine Gold noch immer ein Gewicht von fast 2 1/2 Kilogramm. Der größte Goldklumpen, der bisher gefunden worden ist, kam im Jahre 1856 bei Ballarat zutage und hatte ein Gewicht von 610 Kilogramm.

Die Fememorde in der Schwarzen Reichswehr.

Der erste Prozeß beendet. — Zwei Jahre Gefängnis für einen Giftmordversuch.

Das Schwurgericht in Landsberg a. d. W. hat den ersten der vier Fememordprozesse durchgeführt. Die Verhandlung hat in voller Oeffentlichkeit stattgefunden. Der Antrag der Verteidiger, die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit auszuschließen, ist vom Gericht abgelehnt worden. Der Versuch, das Gericht zum Ausschluß der Oeffentlichkeit zu bewegen, wurde wiederholt vom Vertreter der Reichswehr, dem früheren Kommandanten von Küstrin, Oberst Gudovius, gemacht. Der Vorsitzende stellte fest, daß der Antrag des Obersten Gudovius eigener Initiative, nicht einer Anweisung des Reichswehrministeriums entsprach.

Der Oberstaatsanwalt hat darauf verwiesen, daß dem Ausland längst bekannt sei, was Zeugen und Angeklagte aussagen könnten. Das trifft die Sachlage. Man hat aus den Aussagen erfahren, was längst als historische Tatsache bekannt ist: es hat eine Schwarze Reichswehr gegeben, die schamhaft unter dem Namen „Arbeitskommandos“ ging. Sie war bewaffnet, sie unterstand dem Befehl und der Disziplinarzucht der Reichswehr. Sie war ein Organ des innerpolitischen Kampfes und der außenpolitischen Illusionen. Zwei deutliche Richtpunkte wurden in den Aussagen gegeben. Man hörte das Wort: unsere Feinde, und auch, was man in diesen Formationen darunter verstand: einmal die Kommunisten, ein anderes Mal Polen.

Diese Schwarze Reichswehr ist historische Tatsache, die dem Ausland aufs genaueste bekannt ist. Die Forderung, bei jeder Erwähnung dieser Formation in einer Gerichtsverhandlung die Oeffentlichkeit wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ auszuschließen, ist lediglich geeignet, den Verdacht hervorzurufen, als handle es sich nicht um Vergangenes, sondern um eine noch bestehende Formation. Es muß mit größter Schärfe festgestellt werden: nicht die öffentliche Verhandlung über die ungeseligen Formationen der Schwarzen Reichswehr von 1923, sondern die Verurteilung, die Oeffentlichkeit der Verhandlung auszuschließen, gefährden die außenpolitischen Interessen der deutschen Republik.

Es ist zu begrüßen, daß Gericht und Oberstaatsanwalt gegenüber den Versuchen der Verteidigung und gegenüber der Einmischung eines auf eigene Faust politisierenden Offiziers an der Oeffentlichkeit festgehalten haben.

Die erste Verhandlung gibt nur erst einen kleinen Einblick in die Zusammenhänge. Aber dieser Einblick genügt schon, um die Atmosphäre zu erkennen, aus der die Fememorde geboren wurden. Es waren zusammengewürfelte Haufen, diese Formationen und stilllich minderwertige Elemente züchteten darin die Bestimmung des Fememordes.

B. S. Landsberg, 25. Oktober. Nach der Vernehmung des Angeklagten Buchholz wurde dann der Angeklagte Rathsmann vernommen, der als Gehilfe in einer Drogerie in Küstrin tätig war. Er wollte zunächst ausführlich erzählen, wie er einen Freund in Küstrin in Reichswehruniform getroffen habe, der ihm aber erzählt habe, daß er nicht bei der richtigen Reichswehr sei. Der Vorsitzende ermahnte ihn jedoch, mit seinen Aussagen nicht so weit zu gehen, sondern gleich zu erklären, was er zu der Giftmordsache aussagen könne. Der Angeklagte schilderte dann, daß Thom eines Morgens früh an sein Bett gekommen sei. Thom habe sehr geschimpft, weil Janke die Munition an die Kommunisten verschoben wollte und hätte schließlich erklärt: „Der Kerl muß um die Ecke gebracht werden.“ Rathsmann will darauf erwidert haben, die Aburteilung Jankes sei doch wohl Sache des Gerichts. Aber Thom habe erwidert, es sei besser, wenn die Gerichte sich nicht damit befassen, und wenn Janke vorher verschwinde. Zu diesem Zwecke müsse Rathsmann Gift verschaffen. „Ich weigerte mich, denn ich war mit Janke befreundet und wollte mich auch nicht darauf einlassen, um nicht meine Karriere aufs Spiel zu setzen. Aber Thom ließ nicht locker, wurde ganz wütend, hob die Faust drohend hoch und sagte: „Wenn Du das Gift nicht gibst, dann —“ Dann brach er ab, aber ich verstand, daß er mir dann bestimmt keine Ausdrucksphrasen geben würde. Ich ließ mir die Sache also durch den Kopf gehen und ließ mich auch schließlich einäschern, weil ich befürchtete, daß ich als unbedeutender Mitwisser meines Cebrus nicht mehr sicher wäre.“

Vors.: Nun versuchen Sie mal nicht, alle Schuld auf Thom abzuschieben. Waren Sie nicht selbst über Jankes Berrat empört? Außerdem hätten Sie nur sagen brauchen, Ihr Chef hätte das Gift eingeschlossen und Sie könnten nicht heran.

Angekl.: Heute würde ich vielleicht auch so denken, damals aber war ich ganz verängstigt. Außerdem aber hätten mir Angehörige der Abteilung R. damals gerade geheimnisvoll erzählt, daß Büsching in Küstrin gewesen sei und daß er zur Geheimen Militärkriminalpolizei gehöre, die die Straßläse der Abteilung R. aufzuklären habe.

Vors.: Was die sogenannte Nordkommission. Sie waren also so verängstigt, daß Sie zum Dieb wurden und sich das Gift aneigneten. Was für ein Gift war es denn? Angekl.: Es war ein starkes Gift. Die Geschäftsschlüssel waren mir allgemein zugänglich. Ich packte eine Dose in Papier, ging zum Geschäftszimmer der Abteilung und übergab sie Thom mit dem Bemerkten, daß es ein starkes Gift sei, und daß er davon nicht viel zu nehmen brauche. Kurze Zeit darauf wurde ich wieder ins Geschäftszimmer bestellt und fand dort den Führer Buchholz mit mehreren anderen vor. Buchholz schimpfte, ich hätte Gift gegeben, das nicht gewirkt habe. Er wollte nun hören, ob ich wirklich Gift verabreicht oder sie nur angeführt habe.

Bei diesen Worten nahm er eine Pistole, lud sie vor meinen Augen, schloß sie mir auf die Brust und erklärte: „Wenn Du nicht sagst, ob Du Gift gegeben hast oder nicht, dann schreie ich Dich nieder.“

In meiner Angst sagt ich, ich hätte Gift gegeben und verlangte, daß er die Pistole wegnähme. Darauf sagte Buchholz: „Es wird sich ja herausstellen. Dann wirst Du sehen, was mit Dir passiert.“ Am nächsten Tag kam Thom in die Drogerie und verlangte ein stärkeres Gift, weil das erste nicht gewirkt hätte. Ich war so eingeschüchtert, daß ich auf alles einging und gab ihm schließlich ein Stück Zyanalkali, von der Größe einer Haselnuß. Weiter habe ich nichts in der Sache gehört.

Vors.: Sie sind sich doch klar darüber, daß Sie sich dadurch der Mithilfe schuldig gemacht haben? Angekl.: Ja, aber Thom hat mir damals gesagt, wenn etwas herauskomme, übernehme er die ganze Verantwortung. Ich sagte mir, daß, wenn ich der Polizei Mitteilung machte, ich selber um die Ecke gehen würde, denn Thom war ein Fanatiker.

Hierauf wurde der dritte Angeklagte Thom vernommen, der einigmaßen nachmals die Verurteilung Jankes in allen Einzelheiten schilderte. Ich bin dann zu Klapproth gegangen, der gerade bei uns war und im Mannschaftraum schlief. Wir sprachen über die Ereignisse und dabei erzählte mir Klapproth, er habe den Befehl, Janke zu erledigen. Man wolle durch Essenverweigerung Janke aus dem Gefängnis herauslocken und ihn dann wegen Fluchtversuch niederschlagen. Ich bekam einen Schreck und ging fort, sprach darüber, daß ich mit der Sache nichts zu tun hatte. Am Montag abend munkte ich zu Erich Klapproth auf die Stube kommen, wo auch Willy Klapproth war. Erich Klapproth sagte mir ins Gesicht, er hätte den Verdacht, daß ich Janke gewarnt hätte, einen Fluchtversuch zu machen. Dann sagte er mir: „Ich habe nur

den Auftrag, Janke niederzuschlagen, aber ich habe es satt, mich mit dem Kerl herumzudrängen. Da hast ja immer mit Deiner Tapferkeit vor dem Feinde remontriert. Nun zeige Deine Tapferkeit hier. Darauf habe ich Klapproth geantwortet, daß ich einen Kameraden nicht ermorden könne und

als Antwort trat Klapproth drohend auf mich zu, hob seinen schweren Eichenknüttel, den er immer trug und sagte zu mir: „Kennst du den, kannst du schweigen, mein Junge, und wilst du gehorchen.“

Mir wurde unheimlich und ich sagte „Ja“. Da befehl mir Klapproth, ich sollte mir Arsenit von dem „roten Drogisten“ besorgen und Janke ins Essen tun. In Wirklichkeit bin ich dann aber zu Janke gegangen und habe ihn gewarnt, von dem vergifteten Essen, was ich ihm bringen würde, zu genießen.

Der Angeklagte schilderte dann weiter, er habe telephonisch Klapproth das Stichwort gegeben, er könne jetzt kommen. Nachdem Klapproth mit seinem Bruder eingetroffen war, war man zusammen in das Zimmer Jankes gegangen, wo Klapproth ihn zu seinem größten Erstaunen schlafend vorfand. Auf dem Hofe stellte dann Klapproth mich zur Rede und fragte, ob ich ihm auch wirklich Gift gegeben hätte. Als ich das bejahte, erklärte er: „Wenn du es nicht gegeben hast, dann wehe dir, dann kannst du dir deine Knochen zusammenknutschen.“ In meiner Angst bat ich ihn dann, er möhle mir ein stärkeres Gift meinen, und nach einigem Besinnen sagte Klapproth mir dann: „Zyanalkali.“ Als ich mich damit einverstanden erklärte, sagte Klapproth: „Ich sehe, du bist doch ein Kerl, du hast Mut.“ Aber auch das habe ich nur zum Schein getan, um vor Klapproth sicher zu sein. Trotz wiederholter Vorhaltungen des Vorsitzenden blieb der Angeklagte dabei, daß er nur ein Mandat habe inszenieren wollen.

Amtegerichtsrat Lehmann-Küstrin, der seinerzeit Janke wegen Munitionsverschlebung zu einer Freiheitsstrafe verurteilt hat, wurde darüber gehört, ob er sich noch erinnere, ob Janke seinerzeit dem Gericht Proben des Giftes übergeben habe, daß ihm beigebracht werden sollte. Der Zeuge kann sich der Vorgänge jedoch nicht mehr erinnern. Vors.: Herr Amtegerichtsrat, war Ihnen damals schon bekannt, daß es innerhalb der illegalen Formation eine Feme gab, und daß Leute beauftragt wurden? Zeuge (nach einigem Zögern): Nein. Der Begriff Fememord ist wohl eigentlich erst später entstanden. Mir war er damals jedenfalls ganz unbekannt.

Die Gefängnisbeamten Föhner und Schwarzfopf aus Küstrin bezeugten, daß bei der Einlieferung Jankes ein Kuvert mit einem weißen Pulver mit in Aufbewahrung gegeben worden sei, das den Bemerkten getragen habe: „Angeblich Gift.“ Janke habe noch dazu erklärt: „Damit wollten sie mich vergiften.“ Demgegenüber erklärte Amtegerichtsrat Lehmann dann noch, es sei möglich, daß Janke ihm bei seiner Vernehmung gesagt habe, man habe ihm dieses Gift hingelegt, damit er sich selbst damit das Leben nehmen solle. — Um 1/2 Uhr trat dann eine zweistündige Mittagspause ein.

Klapproth als Zeuge.

In der Radmiltagsung wurde unter großer Spannung einer der Hauptangeklagten, Erich Klapproth, vernommen.

Vors.: Herr Klapproth, der Angeklagte Thom behauptet, er habe auf Ihre Veranlassung dem Janke Gift in das Essen getan. Zeuge (sehr ruhig): Ich habe ihn dazu nicht veranlaßt. Vors.: Sie haben doch aber in Küstrin mit Thom über die Munitionsverschlebung und dabei auch fidele über Janke gesprochen? Zeuge: Ohne Zweifel, denn Thom und ich sind alte Bekannte. (Erregt.) Wenn er aber sagt, ich hätte ihn zu der Giftmordhandlung angeführt, so ist das eine flinkende Lüge. R.-A. kann: Es ist sicher, daß in Küstrin ein sogenanntes Rollkommando zur Verfügung des Oberleutnants Schulz stand. Bieseltich kam uns der Zeuge hierüber näheres sagen. Hat Klapproth vielleicht andere Leute selbst bestraft oder bestrafen lassen, die als Verräter bekannt waren? Vors.: Ich glaube, Herr Rechtsanwalt, diese Fragen gehen doch über die Interessen Ihres Angeklagten hinaus. R.-A. kann: Der Zeuge hat aber zweifelsfrei selbst zu den Roll- oder Mordkommandos gehört. Klapproth (mit einer wegwerfenden Handbewegung): Ausgeschlossen. R.-A. Dr. Sad: Die Frage meines Herrn Mitverteidigers muß ich beanstanden. Vors.: Hören Sie mal, Herr Klapproth, Sie sind doch aber täglich gegen andere Kameraden vorgegangen, so haben Sie doch zum Beispiel, wie Sie selbst zugeben, den Gäßle mit einem Schlag in der Kofematte zu Boden gestreckt. Zeuge: Mit einem Schlag nicht, aber ich habe einen Mann mit der Faust hingeknallt.

Von größerem Interesse war dann die anschließende Vernehmung des jetzigen Schriftleiters und früheren Leutnants Johann Knüppel, deren Bedeutung schon dadurch charakterisiert wurde, daß der Vorsitzende den Zeugen mit den Worten antwortete: Ich werde Sie scharf anfragen müssen. Landgerichtsdirektor Weisking fuhr dann fort: Von Ihnen soll das ganze Unglück in Küstrin ausgegangen sein. Sie haben eine Zeitsung des Arbeitskommando befehligt, Sie hatten die Leute auszusuchen und Sie sollen dabei nicht vorsichtig genug gewesen sein. Sie sollen als gebürtiger Franzosener Landsknecht ausgehört haben, die nicht zuverlässig waren. Waren Sie sich bewußt, daß Sie das Material zu prüfen hatten,

damit nicht Leute eingestiftet wurden, die andere Tendenzen vertreten?

Zeuge: Ich war bemüht, nur sichere Leute einzustellen. Selbstverständlich kamen auch Mißgriffe vor, denn man kann nicht in die Seele eines jeden hineinschauen. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, daß die Munitionsverschlebung doch eine unangenehme Sache gewesen sei, bemerkte Knüppel, daß gerade die hieran beteiligten Leute ihm alle besonders zuverlässig geschildert worden seien. Vors.: Wie haben Sie dieser Zeit nun eine Sühne verfaßt? Zeuge: Das hatte ich ja nicht zu tun, das Vergeben wurde von der Polizei aufgedeckt, und ich wurde von dem Kommandantur benachrichtigt. Vors.: Ist nicht Oberleutnant Schulz zum Verhör Jankes nach Küstrin gekommen, hat man Janke nicht dort degradieren? Zeuge: Jawohl, ich nahm ihn dann im Zeughof in Arrest, bis über ihn weiter verfügt wurde, was nicht bei mir lag. Vors.: Sie werden selbst geküchert haben, der Kerl müsse befehligt werden. Zeuge (sehr entschieden): Das ist ganz ausgeschlossen, daß ich das gesagt habe, das nehme ich auf meinen Eid. Wenn Janke behauptet, daß er mir auf dem Wege zum Gefängnis von dem Giftmordversuch Kenntnis gegeben hat, dann kann ich nur sagen, ich weiß davon nichts. Wahrscheinlich habe ich auf das Gerede dieses sogenannten Offiziers, der für mich nur ein Arrestant war, gar nicht geachtet. Ich hätte auch eine solche Bemerkung gar nicht ernst genommen, ebensowenig wie die Rederei meiner Leute, die immer zu mir kamen: Leutnant, den Kerl müssen wir doch bestrafen, der muß keine Abreibung kriegen. Vors.: Wehren Sie sich nur gut, es ist Ihr gutes Recht.

Der Zeuge, der übrigens dem Angeklagten Thom ein sehr gutes Zeugnis ausstellt, betonte dann nochmals, daß die Tat nach seiner Auffassung in einem durch begreifliche Erregung geschürten Uebereifer geschehen sei und nicht im Auftrage irgendwelcher Personen. Auf die Frage des Vorsitzenden, weshalb sich der Vorführungsbefehl des Janke vor Gericht verzögert habe, bemerkte Rechtsanwalt Sad, daß man sich doch in Küstrin geniert habe, einen Bionierleutnant in voller Uniform nach dem Gefängnis zu überführen. Der Zeuge Knüppel bestätigte diese Auffassung und sagte, er habe seinerzeit mit Hauptmann Lindig (dem Adjutanten des Oberst Gudovius) über diese Frage gesprochen, und man habe dann den erwähnten Ausweg gefunden, daß Janke zunächst bei der Aburteilung in Arrest genommen werde.

Dann wurde der Arbeiter Jinter-Berlin, seinerzeit Ordnonanz beim Arbeitskommando in Küstrin, verhört. Der Zeuge berichtete: Thom kam zu mir und gab mir ein Bündchen mit einem Pulver, das er als Eirgdnin bezeichnete. Das Gift sollte ich in das Essen von Janke schütten. Es gelang mir jedoch, die Aufmerksamkeit Thom abzulenken. So schüttete ich nur ganz wenig von dem Gift in das Essen. Die Menge wirkte natürlich nicht. Ich ging dann zu Janke und sagte ihm, daß er vergiftet werden sollte und farderte ihn auf, zu entfliehen. Janke glaubte mir nicht, lachte mich aus und meinte, es könne ihm nichts passieren, da er doch ins Gefängnis komme. Vors.: Sie haben durch Ihre Handlungswiese großes Unheil verhütet. Deshalb haben Sie sich nicht einfach Thom gegenüber geweigert, Gift in das Essen zu schütten? Zeuge: Dann hätte Thom einen anderen Mann beauftragt, der auch wirklich das Gift ins Essen getan hätte, denn Thom gab mir am nächsten Tag ein Stück Zyanalkali, das ich in Wasser aufgelöst, wieder Janke ins Essen schütten sollte.

Unter großer Spannung im ganzen Saal wurde darauf der Zeuge Richard Janke ausgerufen. Vors.: Sie haben beim Arbeitskommando in Küstrin Munition verschoben, weil Sie kein Geld hatten? Zeuge: Jawohl. Ich wurde dann verhaftet und zum Verhör zu Oberleutnant Schulz gebracht, wo auch noch andere Offiziere und Unteroffiziere anwesend waren. Nach dem Verhör wurde ich degradieren. Als man mir die Treppen abriß, stürmten Klapproth und Büsching vor und wollten sich auf mich werfen. Schulz erklärte jedoch, das könne man im Interesse der Disziplin nicht dulden. Dann kam ich in Arrest, wo ich vergiftet werden sollte. Vors.: Hat der Angeklagte Thom Sie gewarnt, kein vergiftetes Essen zu berühren? Zeuge: Ich habe Thom überhaupt nicht gesprochen, lediglich die Ordnonanz Jinter hat mich gewarnt. Ich lachte ihn erst aus, weil ich an ein solches Verbrechen nicht glauben konnte und war erst überzeugt, als Jinter mir den Rest des Giftpulvers übergab. Vors.: Hat Jinter Ihnen gesagt, daß Sie erschossen werden sollten? Zeuge: Jawohl. Oberstaatsanwalt: Sie haben doch auch dem Leutnant Knüppel von dem Giftmordversuch erzählt, was hat er denn dazu gesagt? Zeuge: Er meinte, er hätte so etwas verboten.

Der Reichswehr-Sachverständige.

Unter allgemeiner Spannung wurde dann der frühere Kommandant von Küstrin, Oberst Gudovius ausgerufen, der sich vor seiner Verteidigung zunächst danach erkundigte, ob er als Zeuge oder Sachverständiger auszusagen habe. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß er in beiden Eigenschaften Aussagen machen müßte, und zwar habe der Reichswehrminister für ihn und seinen früheren Adjutanten Hauptmann Lindig die Genehmigung zur Aussage über Oberleutnant Schulz, ferner über die Befehlsverhältnisse bei den Arbeitskommandos und über das militärische Dienstverhältnis zur Abtelling R. erteilt. Als Sachverständiger werde er nur über kleinere militärische Fragen auszusagen haben, Aufstellung von Posten usw. Vors.: Persönlich möchte ich Sie fragen: Herr Oberst, welche Möglichkeiten hatte Thom, wenn es richtig war, daß ihn Klapproth zwang, etwas Unrichtiges zu tun, diesem aus dem Wege zu gehen? Frage Oberst Gudovius: Thom war, wie alle Angehörigen des Kommandos, Arbeitsangestellter. Diese Leute waren keine Soldaten, sie waren natürlich Untergebene von mir, dem Kommandanten, und sie waren auch selbstverständlich zu einer gewissen militärischen Organisation zusammengefaßt, um Ordnung unter ihnen zu halten. Thom hätte also entweder seinem Vorgesetzten, Leutnant Knüppel, oder einem anderen Offizier Meldung erstatten müssen. Wenn dieser Fall nicht sofort zur Entlassung von Arbeitern geführt haben würde, dann hätte Knüppel die Angelegenheit bei meinem Adjutanten oder mir zur Sprache bringen können. Diese ganzen Vorgänge sind mir ihren Daten nach nicht mehr genau in Erinnerung. Schließlich war die Munitionsverschlebung damals noch nicht von so großer Bedeutung, wie nach den späteren Vorgängen. Natürlich war es ein schweres Vergehen, das entweder durch Entlassung oder durch gerichtliche Verfolgung zu sühnen war. Knüppel hatte die vorläufige Festnahme des Janke verfügt, wovon ich später Meldung erhielt. Ich war völlig einverstanden mit dieser Maßnahme.

Oberstaatsanwalt: Früher haben Sie ausgesagt, Herr Oberst, die an der Schiedung beteiligten Leute hätten festgenommen und dem Gericht vorgeführt werden müssen. Zeuge: Ich habe die vorläufige Festnahme des Janke durch Leutnant Knüppel nachträglich gebilligt. R.-A. Dr. Sad: Hätte man nicht Bedenken, einen Offizier ins Gefängnis zu bringen? Zeuge: Ja. Es spielten verschiedene Fragen dabei eine Rolle, auch die, ob man überhaupt eine gerichtliche Verfolgung aus außenpolitischen Gründen durchführen sollte, zumal Zweifel daran bestanden, ob darüber öffentlich oder in geschlossener Sitzung verhandelt würde. Erst später sind mir gewisse Zusicherungen darüber gemacht worden.

Nach einer kurzen Pause ergriff dann Oberstaatsanwalt Rohlf das Wort zur Anklage. Er beantragte gegen Thom wegen versuchten Mordes 4 Jahre Zuchthaus, gegen Rathsmann wegen Beihilfe 3 Jahre Zuchthaus und gegen Buchholz wegen Bedrohung 6 Monate Gefängnis. Die Untersuchungsbehörde beantragte er allen drei Angeklagten in voller Höhe anzurechnen.

Hierauf begannen die Plädoyers der Verteidiger.

Das Urteil.

Nach 9 Uhr abends erließ der Gerichtshof wieder im Saal und Landgerichtsdirektor Weisking verkündete folgendes Urteil:

„Der Angeklagte Thom wird wegen versuchter Tötung und der Angeklagte Rathsmann wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen jeder zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren verurteilt. Dem Angeklagten Thom werden 7 Monate, dem Angeklagten Rathsmann 10 Monate der erstinstanzlichen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. Der Angeklagte Buchholz wird wegen Bedrohung mit einem Verbrechen zu 1 Monat Gefängnis verurteilt, welche Strafe durch die erstinstanzliche Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wird. Die Angeklagten werden außerdem zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.“

Die Tirpitz-Akten.

Eine „Verichtigung“ im Tirpitz-Stil.

Anlässlich der neuesten schriftstellerischen Leistungen des Herrn Großadmirals von Tirpitz teilten wir mit, daß ein Kapitän zur See a. D. Widenmann amtliche Akten an sich genommen und Tirpitz zur Verfügung gestellt habe. Dieser nur als Helfershelfer von Tirpitz interessanter Herr läßt uns eine Verichtigung zugehen, die zu veröffentlichen wir keinen Anlaß haben, weil sie den Vorschriften des Pressegesetzes nicht nachkommt.

Was aber den Inhalt der Zuschrift anbelangt, so ist er ein charakteristisches Erzeugnis der Tirpitzschen Schule. Er leugnet eine Nebenabsicht ab, um die Hauptfrage zu verschleiern. Herr Widenmann bestreitet nämlich nur, Akten des Reichswehrministeriums an sich genommen zu haben. Er will damit also zugeben, daß es Akten des Marinearchivs gewesen sind, die er dem Großadmiral in die Hände gespielt hat.

Herr Widenmann war unter Tirpitz Chef der Nachrichtenstelle des Reichsmarineamts.

Die erwerbslose Jugend.

Aus der Schule entlassen und arbeitslos.

Im Laufe dieser Woche werden die neuen Richtlinien zur Fortbildung der jugendlichen Erwerbslosen veröffentlicht werden. Diese Richtlinien legen das Schwergewicht der Unterstützung auf den praktischen Arbeitsunterricht, wie er z. B. in Düsseldorf und Essen an Hobelbank und Schraubstock gegeben wird. Das war auch von Anfang die Forderung der Gewerkschaften. Ueber die Unterstützung durch warmes Essen, bevorzugte Vermittlung in Lehr- oder Arbeitsstellen hinaus haben die Gewerkschaften weiter gefordert, daß auch gewisse Barbeiträge gegeben werden, damit die Teilnehmer an den Fortbildungskursen mindestens etwas Geld für kleine Auslagen (Fahrgehalt u. dgl.) erhalten. Ueber die finanzielle Regelung verläutet, daß sie so gehalten sei, daß sie alle Teile befriedigen werde. Vorgeschlagen war, daß die Gemeinden, die Fortbildungskurse einrichten, nunmehr auch für die nicht unterstützungsberechtigten jugendlichen Erwerbslosen 50 Proz. Zuschuß erhalten.

Die in der jüngsten Zeit sich mehrenden Exzesse unter den Jugendlichen zeigen, daß es höchste Zeit ist, die Fortbildung großzügig und energisch anzufassen.

Die Gefahr einer Verwilderung der Jugendlichen ist groß. Es ist ein schrecklicher Zustand, daß die Achtzehn- bis Neunzehnjährigen sofort oder kaum daß sie ausgeliefert haben, zum Feiern gezwungen werden. Ihre oft nicht genügenden Berufskenntnisse gehen auf diese Weise rasch wieder verloren. Eine andere Gruppe besonders hart betroffener Jugendlichen sind die aus der Schule entlassenen Kinder. Zehntausende sind es, die ihren

ersten Schritt in Arbeit und Beruf als Arbeitslose machen müssen.

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen haben die Gewerkschaften eine Erhebung veranstaltet, die er-

schütternde Zahlen aufweist. In den Berliner Berufsschulen wurden im August dieses Jahres rund 12 000 erwerbslose Schüler (also unter 17 Jahre alt) gezählt. Von diesen 12 000 waren 55 Proz. der Jungen und 57 Proz. der Mädchen, also etwa 7000, im Alter von 14 bis 15 Jahren. Die Berufsschulen in Köln stellten in diesem Sommer fest, daß von den Ostern dieses Jahres Entlassenen nur 5850 eine Lehre oder Arbeitsstelle gefunden hatten, während 4837 unversorgt blieben. In Worms, einer Stadt von weniger als 50 000 Einwohnern, blieben 485 Knaben und 738 Mädchen ohne Beschäftigung. In Essen waren Anfang Mai 2400 Knaben von 14 bis 15 Jahren und 1240 von 15 bis 17 Jahren erwerbslos. In Düsseldorf konnten von 5400 Schülern die Hälfte der Knaben und mehr als die Hälfte der Mädchen keine Lehre oder Arbeitsstelle finden. Allgemein zeigt sich, daß es besonders schwer ist, den schulentlassenen Mädchen Lehr- oder Arbeitsstellen zu beschaffen. Fast überall waren mehr Bewerber als Lehrstellen vorhanden. Die Kosten der Fortbildungsmahnahme übersteigen in der Regel die Kraft der Gemeinden. Was soll z. B. ein Ort wie Oberröslau in Bayern mit etwa 1200 Einwohnern machen, wo sämtliche 58 Ostern aus der Schule Entlassenen unbeschäftigt waren und wo auch noch vom vergangenen Jahre 5 Knaben und 17 Mädchen auf Arbeit warten.

Was bisher also für die Fortbildungsschule geschah und da und dort nur Experiment war, muß jetzt systematisch durchgeführt werden. Die Städte werden die Einrichtungen gemeinsam mit Arbeitsämtern und Berufsschulen, am besten an diesen selbst, treffen können. Vielleicht lassen sich so gleichzeitig notwendige Voraussetzungen für die früher oder später doch kommende allgemeine Verlängerung der Schulzeit von 8 auf 9 Jahre schaffen.

übrig bleibenden Restes von rund 800 000 M. bestimmte Grenzen gezogen werden. Es müssen alle, die heute schon in ihrer Wirtschaftsführung nach Großen und Part rechnen dürfen, einmal beiseite stehen, wenn denen, die nach Pfennigen rechnen müssen, etwas zugelegt wird. Für Beamte der Besoldungsgruppe V ist eine Aufstufung wesentlich eine Fragefrage. Kein Sachkundiger wird behaupten können, daß unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage irgendein Beamter schon die Vorkriegsbezüge seiner Stellung erhielt. Daß aber andererseits sich Beamte mit höherem Einkommen besser mit der Wirtschaftslage abfinden können, als Beamte mit niedrigerem Gehalt, kann nicht bestritten werden. Somit sollte der Rest des für die Stellenangleichung vom Preussischen Landtage bewilligten Betrages vor allem dazu verwendet werden, in den Besoldungsgruppen II bis V zu helfen. Vornehmlich die Besoldungsgruppe II ist für einen etatsmäßigen, verheirateten Beamten wirtschaftlich nicht mehr tragbar.

Kriegsjahre werden angerechnet. Beim Kündigungsschutz der Angestellten.

Bei einer Frankfurter Firma wurde einem Expedienten, der seit 1913 beschäftigt war, vor einigen Wochen mit vier Monaten Frist gekündigt. Der Angestellte klagte vor dem Gewerbegericht auf die ihm nach dem neuen Kündigungsschutzgesetz vom 2. Juli zustehende Kündigungsfrist von sechs Monaten. Die Firma machte dagegen geltend, daß der Angestellte seine Tätigkeit während des Krieges (vom 1. August 1914 bis 15. Dezember 1918) unterbrochen habe. Das Gewerbegericht gab dem Angestellten recht. Es stellte damit fest, daß Kriegsjahre nicht als Unterbrechung der Tätigkeit anzusehen sind. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Auslegung des Gesetzes in dem Sinne zu erfolgen habe, in dem das Gesetz erlassen sei, nämlich als soziales Schutzgesetz. Man könne also bei der Kündigung den Kriegsteilnehmer nicht schlechter behandeln als jene, die während des Krieges ihren Beruf weiter ausüben konnten.

Der Beamtenabbau der Reichsbank vor Gericht.

(„Belo“) Das Reichsbankdirektorium hat insgesamt 700 Beamte abgebaut. Auf der anderen Seite aber 1295 junge Beamtenanwärter neu eingestellt. Es haben zunächst 27 abgebaute Beamte gegen die Reichsbank geklagt. Sie erreichten in der ersten Instanz vor dem Landgericht ein obliegendes Urteil. Das Kammergericht als zweite Instanz hat die Klage dieser 27 Beamten abgewiesen, mit der Begründung, daß die Reichsbank als Behörde anzusehen sei und damit der § 155 des Reichsbeamtengesetzes zu gelten habe. Wertwärtigerweise hat nun das Reichsbankdirektorium mit diesen 27 Beamten, trotzdem die Klage abgewiesen und eine Revision nicht angetrengt wurde, einen Vergleich dahin geschlossen, daß ihnen fünf Jahre lang das volle Gehalt — aber ohne Vorkauf — gezahlt wird und daß diesen dann bis zum 65. Lebensjahr 80 Proz. des Gehalts als Wartegeld weiter gezahlt bleibt. Der Vergleich war auf der Basis zustande gekommen, daß jede Partei die Kosten der Klage selbst zu tragen habe. Das Direktorium ist aber den 27 Beamten entgegengekommen und hat jedem Beamten zur Bestreitung der Gerichtskosten 500 M. bewilligt, insgesamt also 13 500 M.

Die nun folgenden Klagen anderer abgebauter Beamten sind laut Urteil des Kammergerichts ebenfalls abgewiesen. Nicht uninteressant ist eine Stelle in einem Urteil des Landgerichts I vom 23. Dezember 1925, worin es heißt: „Es ist nicht zu verkennen, daß gegen die Anwendbarkeit des § 155 des Reichsbeamtengesetzes hinsichtlich der Verfügungen und Entscheidungen von Reichsbankbehörden Bedenken insofern bestehen, als die oberste Reichsbankbehörde nach dem neuen Reichsbankgesetz keinerlei Kontrolle einer obersten Reichsbehörde mehr untersteht, und somit auch den verfassungsmäßigen Organen des Deutschen Reiches nicht verantwortlich ist, also überhaupt außerhalb der Verfassung des Deutschen Reiches insofern gestellt ist, ohne daß dieser verfassungswidrige Zustand durch ein verfassungsänderndes Gesetz mit qualifizierter Mehrheit vom Reichstage beschlossen worden ist, als ferner im Reichsbankgesetz selbst wohl das Disziplinarverfahren für die Reichsbankbeamten besonders geregelt ist, aber nicht das Verfahren bei sonstigen Maßnahmen gegen Reichsbankbeamte.“

Die Haftlosigkeit dieser Zustände bei der Reichsbank brachte der DDB in einer Eingabe an den Herrn Reichsminister des Innern vom 21. April 1926 zum Ausdruck, worauf der Herr Reichsminister des Innern am 29. September folgendes erwiderte: „Nach dem Erlass des Bankgesetzes vom 30. August 1924 steht der Reichsregierung eine Einwirkung auf das Reichsbankdirektorium nicht mehr zu. Gleichwohl werde ich die Angelegenheit dauernd im Auge behalten und erhoffe eine Erklärung der Reichsregierung der Reichsbankbeamten von der Entscheidung der drei einschlägigen Prozesse, die nach Auskunft des Herrn Reichswirtschaftsministers zurzeit gegen die Reichsbank schweben. Weitere Maßnahmen möchte ich mir zunächst bis zum Ausgang dieser Prozesse vorbehalten.“ Die Beamten der Reichsbank stehen infolgedessen einerseits außerhalb der Verfassung, während andererseits aber im neuen Reichsbankgesetz das Disziplinarverfahren gegen sie geregelt ist. Dieser Zustand ist unerträglich, und es dürfte genügen, darauf hinzuweisen, daß der Reichstag schleunigste Abhilfe schafft, bevor die breitere Öffentlichkeit sich mit den sonderbaren Rechtsverhältnissen der Reichsbankbeamten in unliebsamer Weise beschäftigt.

Wütend, Kummer! Heute 7 Uhr findet in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 16-17, unsere Vertrauensmännerversammlung für das Hoch-, Beton- und Tischlergewerbe statt. Alle Betriebsräte, Tisch- und Baudelegierte haben wegen der äußerst wichtigen Organisations- und Berufsangelegenheiten an dieser Versammlung zu erscheinen. — Rentalarbeiterverband der Kammerer Deutschlands, Schöneberg, Berlin und Umgebung.

Freie Gewerkschaften. Heute, Dienstag, abend 7 1/2 Uhr legen die Gruppen: Rumburger Platz; Jugendheim Dietrichstr. 8; Großhans und Trebbin; — Frankfurter Allee; Jugendheim Lützow Str. 4-5, 1. Etz. Vortrag: Arbeitsreform und Volkswirtschaft. — Eichenweg; Jugendheim Poststr. 22. Vortrag: „Berufsschutzprobleme“. — Treptow; Jugendheim Wilhelmstr. 35-34. Wir feiern unseren vierten Geburtstag. — Spandau; Jugendheim Stadenerstr. 1. Spielabend.

Verantwortlich für Volltext: Dr. Curt Geier; Wirtschaft: Heinz Gatzert; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: A. A. Köhler; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Bornstr.-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornstr.-Verlagdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaer u. Co., Berlin 63 68, Lindenstraße 1, Silesien 2, Bielefeld und „Unterhaltung und Wissen“.

Ein mustergültiger Angestelltenstreik.

Voller Erfolg in der Gesundheitsindustrie.

Die gestern vor dem Schlichter fortgesetzten Verhandlungen mit den Unternehmern der Zentralheizungsindustrie haben zum Abschluß der Streikbewegung geführt. Die Verhandlungen gestalteten sich insofern äußerst schwierig, als sich die Unternehmer den Weg zu Mahregelungen offenhalten wollten.

Die Vertreter der Organisationen traten diesem Manöver ganz entschieden entgegen und setzten durch, daß keine Mahregelungen vorgenommen werden dürfen und daß alle aus Anlaß des Streiks ausgesprochenen Kündigungen und fristlosen Entlassungen als nicht erfolgt zu gelten haben. Ebenso darf der Streik nicht als Unterbrechung des Dienstverhältnisses angesehen werden.

In der Ueberstundenfrage wurde ebenfalls eine Einigung erzielt. Die Unternehmer hatten die Einführung der 54stündigen Arbeitswoche verlangt, was von den Angestelltenvertretern glatt abgelehnt wurde. Sie legten die grundsätzliche Anerkennung der 48stündigen Arbeitswoche durch, lediglich mit der Einschränkung, daß die Unternehmer, sofern eine wirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt, bis zu 10 unbezahlte Ueberstunden im Monat verlangen können. Es wurde aber im Manteltarif eine Sicherungsklausel aufgenommen, die besagt, daß die Vorkaufsfrist über Ueberstundenarbeit nicht zu einer generellen Verlängerung der Arbeitszeit führen darf.

Die Gehaltsfrage wurden so belassen, wie sie bereits in den Verhandlungen am Freitag vereinbart worden sind. Wir sind schon gestern abend mitteilend, sind dadurch die Gehälter fast auf die gleiche Höhe gebracht worden, wie sie zum 1. Mai, wo eine Reduzierung erfolgte, bestanden haben.

Das Wesentlichste an den neuen Gehältern ist aber, daß sie die im letzten von den Angestellten abgelehnten Schiedspruch festgesetzten Gehälter ganz erheblich überschreiten. So sah z. B. der Schiedspruch ein Spitzengehalt von 320 M. vor, während es jetzt auf 425 M. festgesetzt worden ist. Ebenso sollte durch den Schiedspruch die Gehaltsstaffelung beseitigt und das Leistungsprinzip eingeführt werden. Durch den Streik ist jedoch die Gehaltsstaffelung beibehalten und die Einführung des Leistungsprinzips abgewehrt worden. Den Schiedspruch fällt Gewerberat Körner. Er wird hoffentlich in Zukunft bei der Fällung von Schiedsprüchen etwas vorsichtiger sein und nicht nur den sogenannten „Belangen“ der Unternehmer, sondern auch den berechtigten Ansprüchen der Angestellten mehr Rechnung tragen.

Das Gehaltsabkommen gilt bis zum 31. März 1927 und kann zu diesem Termin mit vierwöchiger Frist gekündigt werden. Ebenso wurde vereinbart, daß der Manteltarif und die Gehaltsstaffelung bis zum 31. Dezember 1927 gelten sollen.

Die zu gestern abend nach den Germaniafällen einberufene Versammlung der streikenden Angestellten nahm den vom Genossen Günther vom Butag gegebenen Bericht über das Verhandlungsergebnis mit der größten Befriedigung entgegen. Ohne besondere Aussprache wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der es u. a. heißt, die Versammelten werden in derselben Geslossenheit, in der sie die Arbeit niedergelegt haben, am Dienstag, 26. Oktober, in die Betriebe zurückkehren. Sie geloben, daß sie in Treue und Solidarität zu ihren Organisationen stehen werden. Hierzu gehört, daß alle noch unorganisierten Angestellten unverzüglich ihren zuständigen Berufsorganisationen zugeführt werden und all denen, die den Kampf der Angestellten durch Streikbruch zu führen versuchen, die dementsprechende Behandlung zuteil wird.

Jedenfalls hat dieser Streik gezeigt, daß auch die Angestellten, wenn sie nur einig und einigermaßen gewerkschaftlich organisiert sind, nicht nur jeden Schiedspruch nicht hinnehmen brauchen, sondern darüber hinaus noch ansehnliche Erfolge erzielen können. Es soll aber keineswegs unterschätzt werden, daß diese Branche zurzeit eine relativ günstige Konjunktur hat, die zu diesem vollen Streikerfolg beigetragen hat. Trotzdem muß aber immer wieder betont werden, daß es auch in den Industrien, die infolge der Wirtschaftskrise darniederliegen, mit den Gehalts- und Arbeitsverhältnissen wesentlich anders aussehen würde, wenn die Angestellten mehr persönlichen Rückgrat hätten und besser organisiert wären.

Die Eisenbahner in der Arbeiterfront.

Für Achtstundentag und Lohnerhöhung.

Magdeburg, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die in Magdeburg vollständig versammelten Vertreter aus den 23 Klassenbezirken der Ortsgruppe Magdeburg des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, die zugleich die weit überwiegende Mehrheit des auf 54 Dienststellen verbreiteten Personals bei der Reichseisenbahn vertreten, nahmen in der Generalversammlung eine Entschlieung an, in der sie zunächst mit Genugtuung feststellen, daß die Mitgliederbewegung, wie die Stimmenzunahme bei den Wahlen zur Personalvertretung sich gewaltig nach vorwärts entwickelt haben.

Weiter heißt es in der Entschlieung: „Soll die deutsche Wirtschaft gefunden, dann muß die Kaufkraft der Konsumenten gehoben werden. Sollen die halberhungerten Millionen erwerbsloser Arbeitnehmer in dem kommenden Winter vor gänzlichem Verhungern und Erfrieren bewahrt bleiben, dann her mit der sofortigen Einführung des Achtstundentages. Aus diesen Gründen fordert die Vertreterversammlung:

1. Sofortige Einführung des Achtstundentages als Normalarbeitstag und des freien Sonnabendnachmittags.
2. Den vom ADB bei der Reichsregierung unternommenen Vorstoß für Aufbesserung der tausenden Beamtenbezüge und für Erhöhung des Wohnungszuschusses zu unterstützen.
3. Von der Ortsverwaltung Magdeburg dem Hauptvorstand nahe zu legen, daß seine unternommenen Schritte bezüglich der Erhöhung der Lohnempfängerbezüge stürmisch begrüßt werden und es wird erwartet, daß er sich für die obigen Forderungen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln einsetzt.

Ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit.

Die Stellenangleichung der preussischen Beamten.

Vom Landessekretariat Preußen des ADB wird uns geschrieben:

Die Durchführung der Stellenangleichung nach dem Erlass des Preussischen Finanzministers vom 15. Juli 1926 ist in der Öffentlichkeit kaum besprochen worden. Bei dieser Durchführung der Stellenangleichung in Preußen hat es sich um Maßnahmen gehandelt, durch welche Besoldungsvorteile, die Reichsbeamte über gleichqualifizierte preussische Beamte errungen hatten, nachträglich in gewissem Umfang diesen zugebilligt wurden. Dieser Stellenangleichung verdanken bis jetzt 7416 preussische Beamte eine Erhöhung ihrer Bezüge.

Die Durchführung der Stellenangleichung in Preußen bedeutet für die preussische Beamenschaft nicht etwa eine Besoldungserhöhung, sondern sie ist in der Tat nur ein Akt verspäteter Gerechtigkeit. Es muß festgestellt werden, daß keiner der ersetzten Beamten zu viel erhalten hat. Das verbot schon die Knappheit der vom Landtag bereitgestellten Mittel.

Demnach müssen, bei aller Anerkennung der Berechtigung noch unerfüllt gebliebener Forderungen, für die Verteilung des noch

WENESTI

DUKAT

dicker, milder, besser
als jede andere

ZIGARETTE



Das Wissen vom Haushalten

VII. *)

Es hilft nichts. Arbeiter und Staat, Hausfrau und Politik vertragen sich schlecht. Das ist schlimm in einer Republik, wo alle gleiche Rechte haben und das Arbeitervolk in großer Ueberszahl ist. Es ist aber auch gefährlich. Denn herrscht nicht das Arbeitervolk im Staate, so herrscht sein Feind. Ueber das Warum lassen sich nun sehr geschelte Bücher schreiben und Reden halten; das nutzt aber eben nicht viel. Wir wollen es mit dem Einmaleins des Arbeiterhaushalts zu erklären versuchen.

Das Einmaleins des Arbeiterhaushalts.

Das arbeitende Volk zahlt Steuern und Abgaben an den Staat. Auf jede Familie, zu fünf Köpfen gerechnet, kamen im Jahre 1925 Einkommensteuer etwa 175 M., Verbrauchssteuern und Zollaufgaben etwa 135 M., vom Konsumierten getragene Umsatzsteuer etwa 125 M. Dazu folgte durch die Getreidezölle, die der Staat für die Agrarier erhöhte, für jede Familie das Brot um gut 125 M. verteuert werden. Diese wenigen Posten, die allein das Reich fordert oder auferlegt, nahmen jeder Lohn- und Gehaltsempfängerfamilie im Jahre 1925 rund 550 M. Nun gibt zwar das Reich wieder Geld für das arbeitende Volk aus; aber kein Mensch wird bestreiten, daß das Reich weniger für den Arbeiterhaushalt leistet, als es ihm nimmt. Wer aber mehr nimmt als er gibt, den mag man nicht. Die zweite Rechnung; in den letzten zehn Jahren vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich gut 5 bis 6 Milliarden Ueberschüsse der Volkswirtschaft zu privatem Kapitalgewinn. Aus diesen 50 bis 60 Milliarden wurden im Inlande oder im Auslande neue Fabriken. Das natürliche Verstandeseinmaleins sagt jedermann, daß die Arbeit zum Leben da ist, und wenn mehr gearbeitet wird, zum Besseren. Vernünftigerweise sollen die Ueberschüsse der Volkswirtschaft verbraucht werden; sonst ist alle neue Geistes- und Handarbeit überflüssig. Das gilt auch für die 50 bis 60 Milliarden, die dem Volkshaushalt entzogen und für neuen Gewinn „angelegt“ werden. Hinter den neuen Fabriken steht außerdem der Krieg; in der Heimat durch Wirtschaftskrisen der Krieg um Arbeit und Brot, nach außenhin der Krieg zwischen den Völkern. Das Arbeitervolk, das um die 5 bis 6 Milliarden jährlich schlechter leben muß, als es seine Arbeit erlaubt, muß ein sein Brot jättern und schließlich sich gegenseitig zu Millionen umbringen. Man kann das drehen und wenden wie man will. Im kapitalistischen System ist es so und bleibt es so, und der heutige Staat hilft dazu, daß es so ist und bleibt. Wie sehr das jede Familie angeht, das hat die Arbeitslosigkeit zu allen Zeiten gelehrt und der Weltkrieg ganz im besonderen. Eine solche Gesellschaftsordnung, ein solcher Staat aber ist dem Arbeitervolk feind. Hoffentlich kommt nun keiner und redet von Arbeiterschutz, Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung des „Staates“; erstens hat das Arbeitervolk drum kämpfen müssen, zweitens schützt sich die herrschende Ordnung selbst damit, drittens bezahlt die Arbeiterfamilie

das meiste selbst und viertens ändert das alles ja nichts an der unvernünftigen Verwendung der jährlich 5 bis 6 Milliarden Arbeitsüberschuss, die des Uebels Kern ist.

Haushaltung und Regierungskunst.

Die Welt wird falsch regiert. Das lernt das arbeitende Volk aus dem einfachen Einmaleins seiner Haushaltsrechnung, die in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nie aufgeht. Aber aus diesem Einmaleins könnte es auch lernen, Schlus zu machen mit dem falschen Regieren. Da sie alle der gleiche Schuh drückt, schafft ihr Zusammenstehen ihnen die Macht. Zwanzig Millionen Männer und Frauen stehen in Deutschland in Lohn und Gehalt. Die meisten sind Wähler. Dazu kommen die Frauen, Greise und Greifinnen des werktätigen Volkes, die nicht oder nicht mehr dem Verdienst nachgehen. Gut 28 Millionen kommen da heraus. Wahlberechtigt waren 1925 im Deutschen Reich noch nicht 39 Millionen. Es gilt gleiches Recht. Die Mehrheit regiert. Der Weg zur Herrschaft im Staate ist also offen; aber auch in jedem Lande, in jeder Gemeinde. Zweitens mögen die Hausfrauen und Hausväter sich einmal die vier Wände ihres Haushalts hinausgerückt denken bis an die Grenze des ganzen Landes. Dann sehen sie mit allen Vätern und Müttern in einem Volkshaushalt, der krank ist, weil immer weniger verbraucht als produziert wird. Unsere 8 Milliarden jährlich für neue Fabriken usw. müssen in diesen Volkshaushalt hinein. Damit ist das Ziel bestimmt, dem die Volkswirtschaft im Staat zu dienen hat. Drittens ist die Gesetzgebung da, die die vereinigten Arbeitsmänner und Hausfrauen in Reich, Land und Stadt nur richtig auf das Ziel ansetzen müssen. Richtig verstanden ist das Gesetze machen so selbstverständlich der Weg zum richtigen Regieren, wie das Kochbuch zum guten Braten. Freilich wird dieses Kochbuch zum vernünftigen Regieren nicht von den Kapitalisten geschrieben für das arbeitende Volk, und auch keine Revolution löst es vom Himmel fallen, wie die Kommunisten meinen. Aber ohne zu wissen, wie man's macht, geht es nicht; das Ziel wird falsch, die Macht ist stumpf, und aus dem Unverstand der Massen schlägt nur der Segner Gewinn. Der Staat ist in Wirklichkeit gar nicht der Feind. Man muß ihn nur zu gebrauchen wissen. Ein Arbeitervolk, das den Staat und die Städte beherrscht, das macht den Staat und jede Stadt zu seinem Werkzeuge, zu einem Extra-Familienhaushalt für alle. Das macht seine besten Männer und Frauen, die die Regierungskunst aus dem Einmaleins des Familienhaushalts als Volkshaushaltsgewand begriffen haben, zu Bürgermeistern und Ministern, und die Staats- und Städteverwaltung macht es zur Hausfrau für alle. Steuern hat dann kein Arbeiter, Angestellter, Beamter mehr zu fürchten; Staat und Städte werden zur Haushaltskasse für alle, aus der, wie von der Hausfrau für die Familie, von den Parlamenten, Ministern und Bürgermeistern gewirtschaftet wird für alle. Aber der Profit des Kapitalisten, die Pandorablässe des Völkerrungslichts? Den kann nur noch fürchten, wer das Kolumbus-Ei des praktischen Sozialismus noch nicht begriffen hat, daß unter einer republikanisch-demokratischen Verfassung zu der gewaltigen Zahl des vereinten schaffenden Volkes nur noch das organisatorische Sachverständnis hinzuzutreten hat: eine

Regierungskunst des Volkshaushalts, die nicht den Porzellanladen der keinen Wirtschaftsorganisation des Kapitalismus zertrampelt, sondern ihn umzuschalten vermag in zäher scharfer Regierungsarbeit zum Nutzen des arbeitenden Volkes. Wir haben viel zu viel Respekt vor den kapitalistischen Unternehmern! Unsere Zerrissenheit, Gleichgültigkeit, Stumpfheit, das ist ihre Macht, und unsere Dummheit ist ihre Ueberlegenheit. Ein Arbeitervolk, das durch sachverständige Regierungskunst sich selbst zum Unternehmer der Volkswirtschaft macht, das als Oberunternehmer den einen großen Betrieb der Volkswirtschaft, den einen großen Volkshaushalt zum Ziel setzt, das hat keinen kapitalistischen Unternehmer zu fürchten, weil es ihn einfach zu seinem Angestellten macht, an keiner anderen Stelle als zu der er laugt.

Sozialdemokratie und Volkshaushalt.

Zum Glück brauchen wir heute nicht mehr zu fragen, mit welchem Werkzeuge die Staatsverwaltung des arbeitenden Volkes zu erkämpfen ist. Der Wegbereiter zur sozialistischen Volksherrschaft, zur Herrschaft der Vernunft im Wirtschaften und Haushalten der Völker — die Sozialdemokratische Partei — sie ist da. Wohl mag sie Fehler machen; weil sie eine demokratische Partei ist, weil das kapitalistische System auf die Erfüllung ihrer Aufgaben wartet, kann sie aus ihren Fehlern nur lernen und gewinnen. Als Partei ist sie das politische Gefäß der Macht, in dem sich der demokratische und sozialistische Wille des in Fabrik, Kontor und Haus arbeitenden Volksherrschers sammelt, in dem sich auch die politische Schlagkraft der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbataillone vereinigt. Mögen heute noch Millionen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Millionen von Hausfrauen außerhalb ihr stehen, aus der unbedachten Ungeduld des Herzens heraus, das sich nicht zum zähen Ringen Schritt um Schritt verstehen mag, aus der Furcht vor dem Tode und der Sehnsucht um ein besseres Morgen heraus, die dem Glück der Erdenkinder aus der trohen, frischen Erdental noch nicht zu vertrauen vermag, aus dem sentimentalischen Pflichtbewußtsein gottgewollter Abhängigkeit oder dem deutschen Untertanenverstand heraus, die ihre Lehren in der knechtischen, unmännlichen Vergangenheit findet, — diese Millionen zwingt das harte Gebot des besseren Interesses zur Sozialdemokratischen Partei, heute, morgen und übermorgen. Das Sachverständnis aber erblutet sich die Partei im Kampfe mit den Gewalten, mit denen es keine Veröhnung gibt, im Sieg und noch mehr in der Niederlage, im offenen Kampfe und am runden Ende der Verhandlung, der Koalition, des Kompromisses, im Reiche, im Lande, in der Gemeinde, in der öffentlichen Verwaltung, im öffentlichen Betriebe. Und sie gewinnt ihr Sachverständnis reicher, voller und rafter als ihre Gegner. Denn sie ist mit dem Gesamtinteresse im Bunde, das jedes Personalinteresse bündigt, und sie wird von der Gesamtheit des Arbeitsvolkes kontrolliert, das niemals aus Dauer ein Personalinteresse duldet. Und wie wuchs und wächst diese Partei, wie wuchs und wächst der demokratische und sozialistische Wille, wie wuchs und wächst trotz aller Demütigungen und Verfolgungen, Enttäuschungen und Niederlagen dieser Wille zur Volkswirtschafts-, zur Volkshaushaltsgemeinschaft. Es gibt ja erst wirklich ein „Volk“, seit-

*) Vergl. „Vorwärts“ Nr. 33, 51, 220, 285, 360 und 458.

Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

Mit seinem Vater war Bruno in all dieser Zeit nur selten zusammengelassen. Sollte er es mit seiner Bitte nicht auch bei ihm versuchen? — Als Bruno das bei sich in Gedanken erwog, fand er es nicht recht, daß er überhaupt daran zweifelte.

Aber als er ihm gegenüber sah in dem bei fremder Familie gemieteten Zimmer und zwischen den gewohnten Fragen nach den gewohnten Dingen sich die Worte zurechtlegte, verdröcknete wieder die natürliche Herzenswärme, die Selbstverständlichkeit seine Gründe. Sie hatte keinen Platz in diesem Geleite eines Gesprächs. Und während er trotz allem inneren Widerstand das sich einmal Vorgenommene aus sich herausstieß, fühlte er mit tiefem Bedauern das ganze Unglück dieses von allem tragenden und treibenden Gefälle der Sorgen für andere abgeschnittenen, verdornten Familienvaters, der das Letzte, das ihm geblieben war, die Bequemlichkeit, Ruhe und äußere Sicherheit ängstlich ummauerte.

Und wie dieser fremde Mensch da so redete, und Bruno gar nicht zuzuhören brauchte, weil er jedes Wort voraus wußte, fühlte er wieder die Wirklichkeit um sich über einer dunklen Leere schweben. Es war jemand im Zimmer da, und man wußte nicht, daß er da war; er war auch eigentlich an einem ganz anderen Ort, aber man konnte ihn dort nicht finden und nie von dort zurückbringen, denn man wußte nicht, wo er war. Er war gestorben und störte diesen Prozeß vielleicht nur dadurch, daß er es nicht glaubte und nicht verstand.

Und die Vereinsamung seines in ungeliebter, in ihm eingeschlossener Liebeslampe verbrennenden Freundes erschien ihm neben diesem langsam sich selbst begrabenden Ausgeglichenen das Opfer eines unerträglichen Verbrechens.

In diesen Wochen hatte Bruno nirgends Ruhe. Es war ihm ständig, als verläufe er etwas. In den Stunden folterte es ihn: Was geht zu Hause geschehen mochte? Er raffte für die Vorgänge der Umwelt nur immer knapp so viel Aufmerksamkeit zusammen, als unumgänglich war. So kam es, daß er nicht bemerkte, als bei einer Stunde eine fremde Dame zugegen war. Man hatte es ihm aus Zartgefühl und damit sie unbeeinträchtigt beobachten könne, verschwiegen. Die Dame

hatte nicht glauben wollen, daß das Schweben seiner beaufsichtigenden Finger über der spielenden Hand den Schüler nicht behindere und beirre, und daß er auch die Fehler der Handhaltung und des Fingerfakes höre, wenn er die Hand des Schülers freigab. Wie sollte ein Gedächtnis alle die Stücke mit jeder kleinsten Feinheit der Phrasierung und des Vortrags beherrschen können?

Die Schülerin war eines der schwärmerischen kleinen Mädchen, die mit ganzer Liebe an ihm hingen. Er war in seiner nervösen Unruhe strenger und unnachsichtiger als sonst, hörte zuweilen Fehler, die gar nicht da waren, wollte einem Komponisten eine unlogische Wendung nicht glauben, war im Vortrag, im Tempo anderer Meinung. Das kluge Kind sagte nichts, spielte, wenn er es wollte, manches anders, als es in den Noten stand, und die Dame war begeistert. Sie konnte nicht an sich halten, trat auf ihn zu, wollte ihm die Freude bereiten, ihn um Aufnahme ihrer Kinder schon mitten im Schuljahr zu bitten. Bruno, schon zur Tür gewandt, schrak zusammen, als die unbekannte Stimme wie eine Geistererscheinung aus dem Nichts, dem stillen Hintergrund des Zimmers sich herab bewegte. Er begriff die Situation nicht gleich, war innerlich zu sehr beschäftigt, um ihr Bedeutung beizulegen.

Erst auf der Straße kam ihm mit bildhafter Klarheit die Vorstellung, wie man ihn ohne Entree zur Schau gestellt hatte und er dagegen wehrlos war! Die Schülerin und ihre angesehene Familie, deren Empfehlung er einen großen Teil seiner Schüler verdankte, durfte er nicht beleidigen. Er fühlte wieder schmerzhaft den Druck in den Schläfen und in den Augenwinkeln. Er ging immer schneller. Konnte er nicht bei jedem Schritt von allen Vorbeigehenden, von Bekannten vielleicht beobachtet werden?

Es war für die Wissenschaft ein Rätsel und erregte einiges Aufsehen in medizinischen Kreisen, als Bilmas Vater, man konnte ja nicht sagen, vollkommen hergestellt, aber auf dem Wege der Besserung war und sich zusehends erholt. „Ja, eine solche Pflanze!“ sagten die Ärzte und glaubten damit die Wunderkraft des Liebesopfers alles Rätselhaften zu entkleiden. An warmen Tagen durfte er schon ausgehen und würde im Herbst ganz gewiß seinen Beruf wieder aufnehmen können.

Bilma erschrak fast, als die freie Bahn sich vor ihr öffnete; die Erfüllung ihrer Träume, die sie nicht mehr erwartet hatte. Eine Reihe von Festtagen für Bruno, als er sich überall

Empfehlungen holen ging, um Wilma die Wege zu ebneten. Zu einem Lehrer, zu Fraulein von Kröf, und vor allem zu Lizzi. Lizzi hatte sich eine ganz besondere Stellung der Theaterwelt und dem Publikum gegenüber dadurch geschaffen, daß sie, erst nur zu sensationell aufgemachten vereinzelt Gastspielen und, je nach Ulpis Verbalten, immer häufiger aus ihrem privaten Dunkel mit ihren Glanzrollen hervortrat.

Bilmas erster Abend war kein sehr großer Erfolg. Sie war zu befangen, und man fand sie ein wenig temperamentlos. Aber reiches Material, gewissenhafte Arbeit und unbedingte Verlässlichkeit machten sie zur brauchbarsten Kraft. Sie wurde viel beschäftigt; nicht in Hauptrollen, aber in schwierigen Nebenaufgaben. Viel Mühe und wenig Dank!

Aber dies war es nicht allein! Wie häßlich war das Theater in der Nähe — das Theater am Tage, das Theater bei Proben! Ganze Liebe, Hingabe an die Arbeit wurde als Zeichen der Unreife, der minderen Fähigkeit, als Kinderkrankheit belächelt. Geltung war neben Geld das Erste, Wichtige, das dem lebensreifen Künstler als Zweck des Daseins klar sein mußte.

Sie verstand es auch nicht, mit der Gage auszukommen und auch nicht, Erhöhung zu verlangen; lieber schränkte sie sich ein und hatte Sorgen. Brachte sie es doch einmal über die Lippen, kam es so unvorteilhaft heraus, daß man nicht einmal Theaterdirektor zu sein brauchte, um zu merken, wie getroffen man mit ihr nach Belieben umspringen konnte.

Sie hätte die Laufbahn aufgegeben, wäre dem Vater das einst nur ungerne Erlaubte, da es einmal ergriffen war, nicht unerbittlich als Pflicht erschienen. „Man läßt nicht alles gleich wieder stehen, das ruiniert den Charakter.“

Ihr war es am liebsten, wenn sie bei Bruno im Zimmer für niemand als sie beide lang, zu eigener oder seiner Begleitung, mit ihm vierhändig spielte, oder wenn sie gemeinsam schwierige neue Opern, Lieder, Kammermusik durcharbeiteten.

Und glückliche, wunschlose Zustände, wenn sie an freien Abenden bei Mutter Beifug zu dem Tisch saßen, die Gasflammen der altmodischen Wohnung über den Köpfen rauschten! Sie erzählte vom Theater, Bruno von seiner aufblühenden Musikschule und die Mutter aus alten Erinnerungen wunderbare Eigenheiten und Einfälle ihrer originellen Verwandten. Oder Bilma las ein neues, meist von Kröf empfohlenes Buch vor, wobei die Mutter mit ihrer Näh- und Flickarbeit freilich immer sehr bald müde wurde und schlafen ging. (Fortsetzung folgt.)

dem die Sozialdemokratie es aufgerufen hat zur Tat: bis 1918 waren von 1000 Deutschen nur rund 220 Bürger zu vollen Rechten, seit 1918 sind es fast 600. 1881 noch betrug das Heer der politisch Gleichgültigen, der Nichtwähler noch 44 Proz., fast die Hälfte aller Bürger, 1912 schon waren es nur noch 15 Proz., ein Siebentel, 1919 zur Nationalversammlung waren es, obwohl zum ersten Male alle Frauen mitausgerufen wurden, doch nur 17 Proz. Aber weiter: von 1000 Wählenden wählten Arbeiterparteien 1881 nur 61, 1893 schon 233 trotz der ärgsten Verfolgung unter dem Sozialistengesetz, 1912 waren es 348 und 1919 wurden es 455, fast die Hälfte der Stimmen aller Wähler. Die Zahl der Reichstagsabgeordneten aber wuchs in denselben Jahren von 12 auf 44, dann auf 110, 1919 auf 185 und erst 1924, nach dem furchtbaren Druck der Inflation und der sinnlosen Zersplitterung durch den Sowjetkommunismus gingen die sozialistischen Abgeordneten auf 173 etwas zurück.

Es ist wahr, die Sozialdemokratie verstand die Intelligenz nicht früh genug an sich zu fesseln, sie überließ die Tausende von jungen Doktoren, die jährlich ihr Studium beendeten und zum größten Teil doch mit den Koisgrößen von Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreisen studierten, dem Gegner und der Staatsbürokratie, die daraus ihre arbeiterfeindlichen Generallinien aufbauten. Sie wurden dem Arbeitervolk entfremdet und die Arbeiterschaft litt darunter. Schon lange aber hat die alte Parole der Sozialdemokratie: „Wissen ist Macht“ aufgehört, ein Hauptmittel der Rebellion zu sein: sie ist die schneidigste Waffe der Organisation, der schärfsten Neugestaltung der Welt durch die Arbeiterschaft geworden. Geistes- und Handarbeiter, das geschulte Sachverständnis und das praktische Wissen der Massen, sie stoßen heute zueinander. Und eine neue Jugend bricht auf, die nichts mehr will als die gestaltende Tat: bei den merkenden und bei den studierenden Söhnen und Töchtern des Volkes. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands aber, die immer und auch heute wieder um die Massen wirbt, sie wird nicht mehr zum Häuflein und zur Agitation, sie wird zur Verkörperung des Wertes der Arbeiterschaft.

Das Berliner Fremdenverkehrsbureau. Verhandlungen über seine Umwandlung.

In einem Teil der Presse werden Nachrichten verbreitet, wonach bei der städtischen Verwaltung die Absicht bestehen soll, das Fremdenverkehrsbureau eingehen zu lassen. Wie wir hören, ist die Meldung in dieser Form falsch. Das Fremdenverkehrsbureau ist seinerzeit Anfang 1925 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Es wurde damals mit einem einmaligen Fonds von 250 000 M. ausgestattet und ihm auf den Weg gegeben, daß es sich nach Herausgabe dieses Fonds für die Inventarisierung, die für die Anfangszeit bestimmt war, selbst unterhalten müsse. Das hat sich aber nicht verwirklichen lassen. Der Magistrat forderte deshalb im Sommer von der Stadtverordnetenversammlung eine Nachbewilligung von 108 000 M. Inzwischen ist aber die Unzufriedenheit mit den tatsächlichen Leistungen und auch mit der Leitung des Fremdenverkehrsbureaus eigentlich in allen Kreisen immer stärker geworden. Der Verwaltungsrat des Fremdenverkehrsbureaus hat deshalb auch den Vertrag mit dem Direktor des Bureau nur um ein Jahr verlängert. Man ist allgemein der Ueberzeugung, daß die bisherigen Leistungen nicht den Erwartungen entsprechen, die man auf das Bureau bei seiner Einrichtung gesetzt hat. Daß eine Propaganda- und Auskunftsstelle für den Berliner Fremdenverkehr allerdings bestehen bleiben muß, ist allgemeine Ueberzeugung. Man beabsichtigt, das Bureau in eine engere Verbindung mit dem Berliner Reiseamt zu bringen und aus städtischen Mitteln für Propagandazwecke jährlich eine bestimmte, wenn auch nicht allzu hohe Summe zu bewilligen. Die Verhandlungen über die Durchführung dieser Reorganisation sind allerdings noch nicht ernsthaft wieder worden. Der Direktor des Berliner Reiseamtes ist augenblicklich in Urlaub. Die Frage wird wohl erst im Dezember oder Januar geklärt werden. Jedenfalls wird die bisherige Regelung unter keinen Umständen beibehalten werden.

Der Luisenstadt-Kanal als Grüngürtel.

Die Zuschüttung des Luisenstädtischen Kanals gibt die Möglichkeit, auf dem Kanalgelände eine Grünanlage zu schaffen, die für die dichtbevölkerte, aber an Erholungsstätten nicht reiche Luisenstadt sehr wertvoll zu werden vermag. Die Pläne für den Grüngürtel, der sich vom Urbanhafen auf dem Kanalgelände bis zur Schillingbrücke hinziehen wird, sind fertiggestellt, und der städtische Gartendirektor Barth, konnte sie einem Kreise von Vertretern der Presse vorlegen.

Eine zwei Kilometer lange Kette von Anlagen wird sich aneinander reihen, umfaßt von den Baumreihen, die den Kanal begleiten. Sie beginnt am Urbanhafen mit einer Bootsanlegestelle, daran schließt sich Parkflächen und Spielplätze an, ein Rosengarten, ein Staudengarten, ein Baldlumengarten, ein Immergrüngarten usw. Die große Fläche des zugeschütteten Wasserbettes wird zu Spielplätzen ausgenutzt, auch soll hier ein 60 Meter langer und 17 Meter breiter Planschbecken eingerichtet werden, das den Kleinen eine Stätte der Freude sein wird. Im Engelbecken soll, wie bereits aus Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung bekannt ist, ein Freibad geschaffen werden. Gartendirektor Barth betonte, daß dieses Freibad so tief liegen und von der Michael-Kirche so weit entfernt sein wird, daß wirklich kein Kirchenbesucher daran Anstoß zu nehmen braucht. Auch wird eine dreifache Baumreihe das Bad umgeben, so daß es den Blicken der Bewohner nachbarlicher Häuser entzogen sein wird. Dem Badebecken ist nach Süden hin ein Strand vorgelagert, der von der Kirche 200 Meter entfernt bleibt. Das 10 000 Quadratmeter große Badebecken wird mit Leitungswasser gespeist, das durch ständige Zufuhr und ständige Abflus (nach einem Rotations) sich erneuert. Der mittlere Teil ist für Schwimmer bestimmt, in den Abschnitten zu beiden Seiten werden die Nichtschwimmer sich tummeln. Das Freibad Engelbecken ist nicht als Sportbad gedacht und soll daher auch nicht mit den Einrichtungen eines solchen ausgerüstet werden. Es wird für den Masseneinsatz, auf den es rechnet, 3000 Umkleekabinen bereit halten. Geplant ist für alle „Zuhörer“, auch für eine Erfrischungsküche und eine Sanitätswache.

Dieses Freibad, mitten in einem der dichtestbesiedelten Arbeiterviertel, ist eine Neuerung, die man nur mit Freude begrüßen

kann. Freibad Engelbecken schafft den notwendigen Ersatz für die Flußbadeanstalten, die wegen der zunehmenden Verschmutzung der Spree eine nach der anderen eingehen.

Ein ungetreuer Makler.

Einer der bekanntesten Berliner Grundstücksmakler, Erich Weyerfeld, der in den letzten Jahren in der Reichshauptstadt eine ungeheure Reklame entfaltet, ist auf Grund zahlreicher Anzeigen von Geschädigten verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Zum Teil ist Weyerfeld geständig, zum Teil bestreitet er alle Schuld. Die Betrügerien, die er begangen hat, sollen darin zu suchen sein, daß er Anzahlungen auf Grundstücke entgegengenommen hat, die ihm selbst gar nicht gehörten; in anderen Fällen hat er die Anzahlungen nicht an seine Auftraggeber abgeliefert, sondern sie für sich und sein Geschäft verwendet. Unter den Betrogenen befindet sich u. a. die Firma Rosenthal u.



Wilhelm Buschs lächelnde, spöttelnde und dabei leise resignierende Weltweisheit hat sehr wenig Alterspatina angezogen, und gewiß schmunzelte mancher Funthörer behaglich, als er erfuhr, daß der erste Teil der Sonntagabendveranstaltung im Zeichen dieses klassischen Humoristen stehen sollte. Rest Langer hatte mit den Vorworten zu den „Haararbeiten“, „Baldum Wählamm“, „Zulchen“ und „Maler Kleisel“ eine geschickte Auswahl getroffen. Aber sie vergaß bei ihrem Vortrage, daß der Senderaum doch von jedem anderen Vortragslokal wesentlich unterschieden ist. Untermaße Gesten sehen die Funthörer nicht. Was Rimit und andeutende Bewegungen sonst auszudrücken vermögen, muß hier in die Sprache gelegt werden — und das gelang der Vortragenden nicht immer. Vor allem aber verriech sie sich an wesentlichen Stellen mehrmals. Das wäre angesichts der Zuhörer gewiß ein kleines, kaum bemerktes Versehen geblieben; vor dem Mikrophon jedoch wurde es sehr peinlich hörbar. Der sich an diese Busch-Vorträge anschließende Vortrag-Abend erfüllte eigentlich alle Ansprüche, die man an sonntägliche Volkstümlichkeit stellen konnte. Zuerst aus dem Grunde, weil Vortrag selber sie erfüllt. Aber auch das Arrangement war sehr nett. Man hatte neben dem Funthörer Bioletta Schadow, Leo Schühendorff und Waldemar Henke aufgebieten, die sich ihrer Aufgaben mit hörbarem Vergnügen entledigten. Und zum Ueberflus ließ man sogar eigens für den Refrain „Das kommt davon, wenn man auf Reisen geht“ den Funthor aufmarschieren, was in diesem Falle wirklich sehr heiter war — aber nun hoffentlich nicht etwa an ernsthaften Wien-Abenden Wiederholung finden wird!

Flotows Oper „Martha“ erfreut sich eigentlich nur noch deshalb der Gunst des Publikums, weil sie eine wirksame Spielerei ist. Aber eben aus diesem Grunde war die Idee, sie am Montagabend von der Staatsoper auf den Berliner Rundfunk überzutragen zu lassen, nicht sehr glücklich. Denn von ihren eigentlichen Vorzügen empfinden die Funthörer wenig. Der Text bleibt ihnen häufig unverständlich und wer den Inhalt nicht schon vorher kannte, dürfte durch die Uebersetzung kaum mit ihm bekannt geworden sein. Die Musik ergänzt die schlechten Worte auch oft nur recht schlecht. Es kam Flotow nicht darauf an, zu sentimentalen Texten fröhliche Reize zu schreiben oder umgekehrt. Man mußte sich also an der Melodienfülle genügen lassen, die dieser Oper zu eigen ist, ohne festere Zusammenhänge zu suchen. Dann fiel gewiß auch manches fette für den Hörer ab: hübsche, sauber komponierte Terzette und Quartette, von denen z. B. sehr fein das Spinnquartett im 2. Akt wirkt mit der Orchesterbegleitung, die die Geräusche der Spinnräder imitiert, auch wohlgelungene Chorätze, deren bekanntester vielleicht der Chor der Räder ist. Doch leider überwiegt der sentimentale Reiz, mit dem Schmelzwert oft fast peinlich wirkender Koloraturen, dem es häufig an jeder Innerlichkeit und Wahrhaftigkeit fehlt und der eben nur in engstem Zusammenhang mit der Handlung für den Opernbefucher erträglich ist. Der Berliner Rundfunk sollte die an sich sehr erwünschten Staatsoperübertragungen künftig nicht durch die Wahl von so ungeeigneten Werken in Mißtreue bringen.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 26. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm
12.30 Uhr nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt.
4 Uhr nachm.: San-Rat Dr. W. Brock: Die Bedeutung der Drüsen mit innerer Absonderung. 4.30—6 Uhr abends: Von fremden Ländern und Völkern. Abschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Stunde mit Büchern. Franz Kafka: „Der Prozess“. Sophie Hochstetter: „Die Flucht in den Sommer“. Klara Fiebig: „Die Passion“. Vicky Baum: „Feme“ und „Tanzpause“. 7 Uhr abends: Oberingenieur Walter Schäfer: Vortragsreihe: „Die deutschen Rundfunksender“. 7.25 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). Abteilung Volkswirtschaftslehre. Dr. Oskar Stille: Einführung in die Nationalökonomie (Monopol- und Konkurrenzpreise). 7.50 Uhr abends: Dr. Dr. Walter Fuchs: Die abessinische Frage. 8.15 Uhr abends: Professor Dr. Gustav Leithäuser: Drahtloser Empfang ferner Stationen (Experimentvortrag). 9 Uhr abends: Das Lied. V. Schubert. 1. a) Der Lindenbaum (W. Müller). b) Wohin? (W. Müller). c) Wiegenlied (Claudius). d) Lied im Grünen (Reil). 2. b) Liebesbotschaft (Reil). b) An die Laute (Rochlitz). c) Seligkeit (Höly). d) Die Forelle (Schubert) (Kammersängerin Elisabeth Schumann, Sopran; am Flügel: Professor Karl Alwin). 9.30 Uhr abends: Georg Kaiser: 1. Otto Zarek: Einführung in seine Werke. 2. Resitationen aus seinen Werken (aus „Der gerettete Alibiades“, „Von morgens bis mitternachts“, „Gilles und Jeanne“). Gelesen von Ernst Stahl-Nachbar. Abschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Dienstag, den 26. Oktober.

3—3.30 Uhr nachm.: G. v. Eyseren, O. M. Alfieri: Spanisch. 3.30—4 Uhr nachm.: Professor Dr. Lewandowski: Rückblick unter Berücksichtigung von Einzelzügen. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Hans Lebede: Klassische Dramen auf der Bühne. Schiller. 4.30—5 Uhr nachm.: Aus der pädagogischen Welt. 5—6 Uhr abends: Medizinalrat Dr. Slawyk: Die physikalische Erforschung des Mikrokosmos. 6—6.30 Uhr abends: Geheimer Ob.-Reg.-Rat Geitel: Die deutsche Technik. 7—7.30 Uhr abends: Dr. phil. Wegnar: Monatlicher Vogelschutzkalender. 7.30—8 Uhr abends: Dr. Paul Fechter: Stunde mit Büchern. Grimm: „Volk ohne Raum“. Ab 8.30 Uhr abends: Uebersetzung aus Leipzig. Moderner Grotteskabend.

Stern, der Weyerfeld gegen eine Anzahlung von 50 000 M. die Aktien einer Hausaktiengesellschaft verkaufte, die gar nicht zum Verkauf stand. Als Rosenthal u. Stern einen weiteren Käufer gefunden hatten, der für die Aktien 180 000 M. bezahlen wollte, erklärte Weyerfeld, in die Enge getrieben, einen Käufer mit 200 000 M. zu haben. Diesen Käufer hatte Weyerfeld frei erfunden, und er gab für 200 000 M. von ihm selbst akzeptierte Wechsel, die niemals eingelöst wurden. Auch sonst soll sich Weyerfeld allerhand Betrügerien haben zuschulden kommen lassen. Weyerfeld, der auf dem Berliner Grundstücksmarkt einen großen Ruf hatte, soll durch Spielen auf die schiefe Ebene gekommen sein. So sei er schließlich gezwungen worden, sich an der einen Stelle Geld zu beschaffen, um den Verpflichtungen an anderer Stelle nachzukommen. Der Schaden der Betrogenen soll sich auf 500 000 M. beziffern.

Das Martyrium unehelicher Kinder. Unmensliches Verhalten der eigenen Mutter.

Aus traurigsten sozialen Verhältnissen war das Martyrium von zwei unehelichen Kindern erwachsen, mit dem sich gestern das Amtsgericht Mitte zu befassen hatte. Der Klempner Franz Luberst war beschuldigt, seine Stiefkinder Paul und Martha im Alter von 4 und 5 Jahren fortgesetzt aufs schwerste körperlich mißhandelt zu haben. Die gleiche Anklage richtete sich gegen seine Ehefrau Minna, die Mutter der vorehelich geborenen beiden Kinder.

Durch Hausbesucher war man auf die Vorgänge in der Luberstischen Wohnung aufmerksam geworden. Man hatte dauernd Schreien der Kinder, Aufschlagen der Körper auf den Fußboden und das Klatschen von Schlägen gehört. Als die Kinder dann in Fürsorge genommen waren, zeigte sich, daß der ganze Körper mit Siremen bedeckt war und daß auch Flecke und Blutergüsse am Körper und am Kopf vorhanden waren. Eine Verhandlung gegen das Ehepaar, die vor einiger Zeit stattgefunden hatte, gestaltete sich so belastend, daß gegen die Angeklagten ein Jahr Gefängnis beantragt worden war. Das Gericht hatte damals jedoch eine Vertagung beschlossen und die zu der neuen Verhandlung gestellten geladenen Zeugen von den Fürsorgestellen brachten infolgedessen einige Entlastungsmomente für die Angeklagten, als traurige soziale Verhältnisse bei der lieblosen Behandlung der Kinder mitgewirkt haben. Luberst hatte seine Frau ohne Kenntnis des Umfanges geheiratet, daß schon zwei uneheliche Kinder vorhanden waren, die sich im Waisenhaus befanden. Inzwischen war dann auch ein drittes Kind aus der Ehe dazugekommen. Die Mutter ist infolge von Augenschäden, die auf eine gewisse Krankheit schließen lassen, halb blind; auch die beiden vorehelichen Kinder sind in der Entwicklung zurückgeblieben, rachitisch und mindestens auch das eine leidet. Sie sind geistig beschränkt, unsauber und schwer zu erziehen. Der Ehemann ist ein leicht erregbarer Mensch. Ein Sturz nachher befand, daß das Mädchen einmal bei erheblicher Kälte im Hemd auf den Flur hinausgestellt wurde. Das Kind war so erfroren, daß es nicht laufen konnte. Luberst gab ihm aber Zutritt, damit es laufen sollte. Der eigene Bruder der Ehefrau wußte, indem er seine Schwester entlasten wollte, zu berichten, daß Paul von dem Stiefvater in der unmenschlichsten Weise behandelt worden war. Einmal wurde der Junge so verprügelt, daß er vor Angst unter das Bett kroch. Luberst stieß ihn aber mit dem Fuß herab, gab ihm Faustschläge ins Gesicht und stieß ihn mit dem Kopf mehrfach auf den Fußboden. Der Junge hat auch gelitten, daß Luberst den Jungen mit einem Gegenstand auf den Kopf schlug, so daß er blutete. Als die Mutter dazwischen kam, wurde sie selbst geprügelt. Andererseits wurde aber auch wieder von den Damen der Fürsorge festgestellt, daß Luberst sich auch der Kinder angenommen hatte. Ebenso hübsche Dinge wurden der eigenen Mutter der unglücklichen Kinder nachgewiesen, besonders das Mädchen hatte schwer zu leiden. Da die Kleine sich häufig wehrt, bekam die Mutter es fertig, ihr den Rot in den Mund zu schmieren. Der Anwaltschaft wollte der Mutter in Rücksicht auf ihre Krankheit und Geistesverfallung mildernde Umstände zubilligen und beantragte gegen sie nur 50 M. Geldstrafe, für den Ehemann jedoch zwei Monate Gefängnis, aber mit Bewährungsfrist. Amtsgerichtspräsident Fiedbahn sah die Schuld der beiden Angeklagten entgegengesetzt auf. Gerade die Mutter verdiene die schwere Strafe. Für eine Mutter sei das Verhalten der Angeklagten geradezu unverständlich. Frau Luberst bekam daher drei Monate Gefängnis und der Ehemann nur einen Monat. Auch eine Strafaussetzung wurde vom Gericht vorläufig nicht ausgesprochen. Die beiden unglücklichen Kinder sind inzwischen der elterlichen Gewalt wieder entzogen worden und im Krankenhaus untergebracht.

Kommunistische „Werbung“.

Die Kommunisten glauben zurzeit gewisse Fragen der politischen Taktik in plumper Demagogie gegen die Sozialdemokratie auszufragen zu können, um den durch Hinzuwachs und schwere innere Differenzen verwaisten Parteikreis wieder aufzufüllen. Die Methoden, deren sich die kommunistischen Werber bei ihren Seelenfängerzügen bedienen, sind allerdings denkbar ungeeignet, für Thälmanns Revolutionäre Propaganda zu machen. Sehr illustrativ für diese „Werbung“, die man unter der Parole durchführt: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich die den Schädel ein“, sind einige Berichte, die uns von Raufälliger Parteifreunden zugegangen sind und aus denen wir einige charakteristische Stellen abdrucken. Ein Genosse, der während der „Reiten Woche“ Propagandazettel der Partei kliebte, schreibt uns: „Sechs Mitglieder der 35. Abteilung waren ihrer Parteipflicht gefolgt und klieben in ihrem Parteibezirk unsere Werbeplakate. Nachdem wir eine Weile geklebt hatten, mußten wir feststellen, daß R.F.A. Leute, die scheinbar die Genüsse ihres „Marmeladen“ vollauf gelöst hatten, unsere Plakate herunterrissen. Von uns zur Rede gestellt, war u. a. die Antwort Kinnhaken sowie ähnliche Argumente aus dem R.P.D. Aufklärungsmaterial. Bei dem Stürferhältnis von 25 zu 6 war der Erfolg nicht unglücklich. Ein besonders typischer Kraftausdruck darf unseren Arbeitern nicht vorenthalten werden. „Wenn Ihr eure Führer nicht in die Presse haut, müssen wir euch in die Presse hauen.“ Nach einer anderen Zuschrift hielt auf dem Hof eines Hauses, in dem viele Mieter wohnen, die sich zur Sozialdemokratie zählen, ein Wanderredner der Roten Frontkämpfer, den eine Anzahl Kommunisten deckte, eine „Ansprache“, die sich zu einer wilden Schimpfanrede gegen die S.P.D. auswuchs. Die Mieter verbot sich das, es kam zu erregten Diskussionen. Als der Partier den sich äußerst aufgeregt gebärdenden Kommunisten das Haus verbot, griff einer der Partier tätlich an. Erst als die Mieter die Aufforderung des Partiers befragten, zogen die „Werber“ ab. Mit dieser handgreiflichen Propaganda wird die R.P.D. wohl kaum viele Freunde werben können.

Gesundheit, Kraft und Schönheit

bis ins hohe Alter hinein zu erhalten, ist nur denkbar bei vernünftiger Lebensführung, zweckmäßiger Ernährung und viel Bewegung in reiner Luft. Ganz besonders kommt es auf die Ernährung an. „Der volle Segen der Gesundheit kann nicht durch gefehlmittels Mittel und Wunderkuren, sondern nur durch eine richtige Ernährung gewonnen werden, die den Körper erhält und täglich verjüngt.“ Das sind die Worte eines bekannten Arztes und Professors. Zu einer zweckmäßigen Ernährung gehört das allbekannteste

Biomalz.

Das ist ein wohlschmeckendes, billiges Nahrungsmittel, weit und breit gekocht und beliebt. Es kräftigt den Körper ungemessig. Schläffe, welke Züge verschwinden, die Gesichtsfarbe wird rosiger und zarter, der Teint reinert.



Bei blutarmen, blaffen, magren, in der Ernährung heruntergekommenen Personen macht sich eine Hebung des Appetits, des Gewichts und infolgedessen eine mäßige Rundung der Formen bemerkbar, ohne daß lästiger Fettanlag die Schönheit der Formen beeinträchtigt. — Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Man verlange nur das echte Biomalz, nichts anderes, angeblich „Ebenjagutes“. Achte genau auf das Etikett.

Preis einer Dose Biomalz 1.90 M., mit Eisen (zur Stärkung für Blutarme und Bleichfüßige) 2.20 M., mit Kalk extra (zur Stärkung für Knochenschwache) 2.50 M., mit Lebertran (überraschend angenehm im Geschmack) 2.50 M., mit Veitelin 3.— M., Biomalz-Schokolade je 100-Gramm-Tafel 60 Pf. und Biomalz-Vonbonbons, beites Verdünnungsmittel bei Husten und Heiserkeit, je Beutel 30 Pf., Dose 50 Pf. Ausführliche Druckeisen und dem illustrierten Prospekt „Biomalz-Präparat“ losfordern von Gebr. Paternmann, Teitow b. Berlin 10.

Arbeit und Freude.

Einen eindrucksvollen Volksmusikabend für die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen, der sehr gut besucht war, veranstaltete der Bezirksbildungsausschuss in der „Neuen Welt“. Unter dem Zeichen „Arbeit und Freude“ wurde musiziert und gesungen, nachdem Heinrich Witte vom Staatstheater einen wichtigen Prolog von Arthur Regold den Hörern vermittelt hatte. Die Volkstunsgemeinschaft „Wedding“ bestritt den übrigen Teil des Programms. Hier zeigten Jungen und Mädchen aus Arbeiterkreisen, die selber den Tag über hart in Fabriken und Bureaus werken müssen, wie fruchtbar die Freude an der Musik auch bei ihnen zu werden vermag. Beethovens „Symphonie“ Ouvertüre, Sätze aus seinen Sinfonien und aus seinen Sonaten, außerdem Cläre von Ortmann, wurden vorgelesen, und es erwies sich, daß nicht nur einzelne Solisten der Kunstgemeinschaft sehr anständiges leisteten, sondern daß auch Orchester und Chor mit Eifer und Fleiß und oft auch mit recht erfreulichem Können musizierten. Fehlt es auch begreiflicherweise hier noch an der Technik erstzunehmender Berufssolisten, so können es diese Jungen doch mit vielen an Beethovenverständnis gewiß aufnehmen. Ihr Spiel wie ihr Gesang löste denn auch lebhaften Beifall aus. Genossin Todenhagen hielt im Rahmen der Veranstaltung einen Vortrag über „Arbeit und Freude“, in dem sie die Frauen aufforderte, sich mit dafür einzusetzen, daß, nach dem Tollerischen Wort, die Seele des Menschen die Fabrik bezwinde. Dazu ist nötig, daß die Frauen innere Beziehung zu der Sache des Volkes finden, daß sie nicht abseits von der großen Arbeiterbewegung stehen oder sich ihr gegenüber gar feindselig verhalten, sondern daß sie mütigen und mitfühlenden um die Befreiung des Arbeiters, um die Befreiung der Arbeit. Um eine Arbeit, die wieder in stande sein wird, Freude zu verbreiten. Die ganze Veranstaltung zog die anwesenden Frauen und Mädchen stark in ihren Bann, und löste vielfach stärksten Beifall aus. Auch hier war eine starke werbende Wirkung zu spüren.

Das Attentat von Leiferde.

Nicht nur Mord, sondern auch Mordversuch.

Die Anklage gegen die Eisenbahnattentäter von Leiferde, die sich am 3. November vor dem Schwurgericht Hildesheim zu verantworten haben werden, lautet nicht nur auf Mord und Transportgefährdung wegen der in der Nacht vom 18. zum 19. August d. J. verübten Tat, sondern auch auf Versuch zum Mord und zur Transportgefährdung wegen des mißglückten Anschlages, den Schlesinger und Will Weber bereits in der Nacht vom 17. zum 18. August gegen den Hollandzug D 174 verübt haben. Bei den Vernehmungen der Attentäter hatten diese nämlich angegeben, daß sie schon 24 Stunden vorher, bevor ihnen der Kölner Zug D 8 zum Opfer fiel, den Schnellzug Berlin-Amsterdam D 174 zur Entgleisung bringen wollten. Zu diesem Zweck hatten sie nach Mitternacht des fraglichen Tages am Kilometer 209,073 eine Barrikade auf den Gleisen errichtet. Die Maschine des D-Zuges hat dieses Hindernis aber beiseite geschleudert, ohne daß es zu einer Entgleisung kam. Die Anklage wegen Mordes und Mordversuches stützt sich auf die eigenen Angaben Schlesingers und Webers, wonach sie bei der Besprechung ihrer verbrecherischen Pläne mit der Tatsache, daß bei der Entgleisung auch Menschen verunglücken und ums Leben kommen könnten, gerechnet hätten. Der dritte Angeklagte, Walter Weber, ist der Beihilfe zu beiden Verbrechen angeklagt, zumal entgegen seinen Angaben durch Zeugen ausproben nachgewiesen sein soll, daß er von der bestimmten Absicht der Ausführung dieser Tat genaue Kenntnis gehabt habe. Will und Walter Weber sollen nach den Befundungen von Zeugen damit gerechnet haben, daß ihnen bei der Beraubung des Postwagens 50000 bis 100000 M. in die Hände fallen würden. Walter Weber wird aber auch von dem Hauptangeklagten Schlesinger befaßt, nach dessen Aussagen Walter Weber zwar nicht den Mord geplant habe, an der Tat selbst teilzunehmen, aber auf jeden Fall an der erwarteten Beute beteiligt sein wollte. Den Vorsitz der Schwurgerichtsverhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Kämmerer, die Anklage vertritt Oberstaatsanwalt Stelling. Mehr als 20 Zeugen sowie drei Sachverständige sind zu der Verhandlung geladen, darunter zwei hohe Reichsbahnbeamte und Direktor Känfermüller von der Provinzialheilanstalt Hildesheim.

Der Brand im Treppenhaus.

Vier Löschzüge wurden gestern abend nach der Alexanderstraße 12c gerufen, wo ein Lagerraum der Konditorei Dobrin und das Treppenhaus des Seitenflügels in ziemlichlicher Ausdehnung in Flammen standen. Wir erfahren hierzu folgende Einzelheiten: In einem Seitenraum der Konditorei hinter dem Verkaufsladen waren Kisten, Kisten, Bücher, Säcke usw. in Brand geraten. In wenigen Minuten brannte der Raum lichterloh. Die Feuerwehr erschien nach kurzer Zeit an der Brandstelle. Inzwischen hatten die Flammen durch ein offenes Fenster auf den Treppenturm des Seitenflügels übergegriffen und den Bodenbelag und das Treppenlände in Brand gesetzt. Das Treppenhaus war in kurzer Zeit vollständig verqualmt. Der Mieter bemächtigte sich eine große Unruhe. Unter Leitung von Baurat Müller wurde das Feuer mit mehreren Röhren von der Straße aus durch den Laden und vom Hof aus angegriffen. Mit Sauerstoffapparaten verfehene Feuerwehrlente drangen in das verqualmte Treppenhaus ein und schlugen die Fenster ein, den Rauchmassen Abzug zu verschaffen. Durch Zurufe vom Hof gelang es, die Mieter zu beruhigen. Das Feuer, das in den Nebenräumen der Konditorei und auch auf den Treppentürmen ziemlich heftig wütete, konnte nach längerem Wassergeben gelöscht werden. Als Entzündungsurache wird Fahrlässigkeit vermutet. Wahrscheinlich hat ein Mieter des Hinterhauses in großer Unachtsamkeit einen brennenden Zigarrenrest durch das zufällig offenstehende Fenster, das zu dem Raum der Konditorei Dobrin führt, geworfen. Dieser brachte das leicht brennbare Material zur Entzündung.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. Am Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7½ Uhr, Mitgliederversammlung der 180. Abgabestelle im Lokal von Polig, S.W., Dreißendstr. 11. Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und unsere Genossenschaft. Referent H. Götter. 2. Bericht der Vertreter und Abgabestellenangelegenheiten. 3. Beschiedenes.

Automobilausstellung. Vom 29. Oktober bis zum 7. November findet am Kaiserdamm die diesjährige Automobilausstellung statt.

Die Zentrale für private Fürsorge bittet uns, mitzuteilen, daß sie grundsätzlich nur mit den öffentlichen Arbeitsnachweisen arbeitet, und nicht annehmen könne, daß sich eine ihrer Recherchierinnen einen Arbeitslosen an den nationalen Arbeitsnachweisen verweisen habe. Die Äußerung, die der betreffende Arbeitslose gegen unseren Reporter getan habe, könne nur auf einer Verwechslung mit irgendeiner anderen Stelle beruhen.

Genosse Ernst Thibode, Dopenauer Str. 1, hat allen Parteigenossen und Genossinnen, die ihn zu seinem 70. Geburtstag und 50jährigen Parteijubiläum beglückwünschten, auf diesem Wege seinen Dank, da er außerstande ist, allen persönlich zu danken.

Ob- und Sexualberatungsstelle des Bundes für Kauterität, Berlin, An der Schillingbrücke 2, Sprechstunden Donnerstag 7-9 Uhr abends

Die „gefährlichen“ Rufflöcher. Zwei Wienerinnen waren mit ihren Männern in dem österreichischen Alpenort Nuhrn im Lungau im Gasthaus abgestiegen und hatten abends ihre Rufflöcher spazierengeführt. Die Wirkung war fürchterlich. Durch Feueralarm wurden die Gemeindevorstände zusammengerufen, die be-

Allgemeine Funktionär-Versammlung

heute Dienstag, den 26. Oktober 1926, abends 7 Uhr, in den „Germania-Jalen“, Chausseestraße 110.
Tagesordnung: Unsere Stellungnahme zur Fürstenabfindung.
Referent: Genosse Ernst Hellmann, M. d. L.
Funktionärsausweis für 1926 und Mitgliedsbuch der Partei gelten als Legitimation. Ohne diese Ausweise hat keiner Zutritt.
Der Bezirksvorstand.

schlossen, die beiden Frauen sofort auszuweisen. Tatsächlich mußten die Gäste bei Nacht und Nebel zu Fuß das Dorf verlassen. Der Gastwirt, der sie aufgenommen hatte, erhielt einen schweren Verweis. Mittelalter im 20. Jahrhundert.

Todesstrafe in Amerika und Rußland.

Für Posträuber und für Mordverbrecher.

Der Generalpostmeister New erklärte nach einer Kabinets-Sitzung in Washington, die sich mit der Beraubung eines Postautomobils in Elizabeth (New-Jersey) befaßte, daß kein Land der Welt so viele Postüberfälle aufzuweisen habe, wie die Vereinigten Staaten. Er werde beim Kongress die Einführung der Todesstrafe für Posträuber beantragen.

Die Sowjetregierung hat beschlossen, energische Maßnahmen gegen das Raubdünkelwesen zu ergreifen. Auf der Konferenz, die zur Erörterung dieser Frage von dem Volkskommissariat des Innern einberufen wurde, hat eine ganze Reihe verantwortlicher Regierungsvertreter erklärt, daß sie es für notwendig erachten, gegen die Raubdünkel die Todesstrafe zu verhängen. Einige von diesen sind bereits erschossen worden. Niemand wird leugnen wollen, daß die Verbrechen dieser Leute grauhaft sind (Mord, Totschlag, Vergewaltigungen), aber in einem Atemzug Reden zu halten, in denen man mit Recht auf die Barbarei und Verwilderung als Erbschaft des Feudalismus, auf die Verwahrlosung der Jugend, auf die verderblichen Folgen des Krieges und des Alkohols hinweist, um daraufhin für diese Opfer der sozialen Verhältnisse die Todesstrafe zu fordern, das zeigt von einer entsetzlichen Rohheit der gegenwärtigen Machthaber. Junge Leute im Alter von 15 bis 25 Jahren will man erschließen lassen, deren Entartung darauf zurückzuführen ist, daß sie nie ein Elternhaus und nie eine Schule gekannt haben! Noch bedenklicher sind die

zahlreichen Befehle, die auf den von den Sowjetbehörden einberufenen Versammlungen gefaßt werden und die Todesstrafe für Raubdünkel fordern, sowie die unzähligen Zuschriften an die Redaktionen der Sowjetblätter, die die gleiche Forderung enthalten.

Wirbelsturm in Baden. In Oberbaden herrschte, nach einer Meldung aus Freiburg, ein äußerst heftiger Wirbelsturm. Auf der Weise in Freiburg stürzte die große Rutschbahn ein. Es wurden bisher vier Schwerverletzte geborgen.

Sport.

Kennen zu Mariendorf am Montag, den 25. Oktober.

1. Rennen. 1. Alvestier (H. Lemmer), 2. Natal (Herm. Schlenker), 3. Niederländer (Diefenbacher). Toto: 113 : 10. Platz: 28, 130, 41 : 10. Ferner liefen: Glänscht, Augenstein B., Kartenspieler, Ruppel, Wintermärchen, Schiller Tredd, O'Capt. Beerberg, Goudler jr., Hololernes, Eust Neuburn, Pucke Halle, Liebestraum, Hippologie, Karle Goudler, Dina Bais, Bunter, Hans Behrens, Großmogul, Pottdam, Berber, Quantität, Lubow, Armenter, Levania, Dole Marlon.
2. Rennen. 1. Freund Edelstein (Großmann), 2. Dolmann (Herm. Schlenker), 3. Gambanula (Diefenbacher). Toto: 34 : 10. Platz: 17, 142, 43 : 10. Ferner liefen: Angelinde, Weißblades, Beate, Heideblume, Wlterbaron, Sabana, Mlonar, Bilar, Cu-Bi, Gudula, Heider, Naro Dube.
3. Rennen. 1. Soling I (Rauh jr.), 2. Wölch (B. Bahr), 3. Gebmann (Andenabel jr.). Toto: 59 : 10. Platz: 20, 34, 31 : 10. Ferner liefen: Arida Wagoman, Peter Hall, Perstrates, Nana, Bronze, Gohma.
4. Rennen. 1. Verträglich (Ed. Wils), 2. Naro Gou (A. Wils), 3. Theodora (H. Rinn). Toto: 13 : 10. Platz: 11, 12 : 10. Ferner liefen: Ehrenberg, Ber alpera, Ida Galos.
5. Rennen. 1. Alud (A. Wils), 2. Alar (Ed. Wils), 3. Wils A. (Rauh jr.). Toto: 55 : 10. Platz: 16, 12, 17 : 10. Ferner liefen: Kammerlänger, Leo Wals, Cadiac Krworthe, Katter, Rausred.
6. Rennen. 1. Copresse II (H. Oberst), 2. Königsdalder (Lautenberger), 3. Jeantette (Rauh jr.). Toto: 124 : 10. Platz: 17, 20, 14 : 10. Ferner liefen: Abe Ritt, Denkmäner, Wagoman jr., Dissonar, Senator, Nanganares, Obeffa, Burmida, Barmath.
7. Rennen. 1. Naro H. (Rauh jun.), 2. Abbie (H. Rinn), 3. Clematis (Hau (H. Oberst)). Toto: 24 : 10. Platz: 14, 22, 20 : 10. Ferner liefen: Marcel, Trolleur, Erdmann, Edith Borish, Solore.
8. Rennen. 1. Wfelei B. (Barnemich), 2. Edgraf (E. Hein), 3. Stella (Hau (H. Oberst)). Toto: 126 : 10. Platz: 71, 71, 113 : 10. Ferner liefen: Wailöngin, Adole, Anterellant, Edstein, Freibeuter, Heidebring I, Bimner, Luera, Baron Silvester, Bergschmalde, Bessies jun., Erker Wollertomer, Baron Reganille, Francisco, Federweife, Heiderose B., Lubmil I, Stapelant, Prinz Abbeil, Bainsca.
9. Rennen. 1. Nudl (Kupfinger), 2. Venus (H. Thomas), 3. Minie (Großmann). Toto: 1842 : 10. Platz: 24, 37, 39 : 10. Ferner liefen: Nollist, Katharina, Dulste B., Robienldingin, Tante, Kadiola, Sieglecht, Indianer, Kapdach, Gilling, Beije, Voltsumus.



Kam ein Vogel geflogen, ließ sich nieder in Berlin.

Liebe Berliner!

Wir haben von unserer eigenen Tabak-Einkaufsorganisation gesprochen. Wenn wir Ihnen sagen, daß wir ganze Distrikte aufkaufen, daß unsere Experten über den ganzen Orient verteilt sind, daß über 3000 Leute nur für uns arbeiten, so ist das sicher etwas, was Sie interessiert. Viel wichtiger für Sie ist aber die Auswirkung alles dessen: die Qualität aller unserer Marken und besonders unserer „Halpaus Mocca“.

Versuchen Sie, sie ist eine besonders gute und besonders preiswerte Cigarette.

5 Pfg.

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H. Breslau und Köln

Bekommt Deutschland sein Volksauto?

Serienfabrikation, Preisabbau, aber noch zu hohe Preise.

In diesen Tagen treffen sich innerhalb der Mauern Berlins die deutsche Autoindustrie und ihre ausländische Konkurrenz auf zwei getrennten Ausstellungen, die die Fortschritte der Automobilindustrie in den letzten Jahren zeigen sollen. Die Motorisierung der Welt hat im Laufe der letzten Jahre traglos ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Nach einer kürzlich veröffentlichten Statistik ist vom 1. Juli 1925 ab bis zum 1. Juli dieses Jahres der Bestand der Welt an Personen- und Lastkraftwagen von 21,4 auf 24,5 Millionen Stück, also ziemlich genau um ein Siebtel gestiegen. Die meisten Länder der Welt nahmen an diesem Fortschritt teil. So konnte Deutschland seinen Bestand von 255 000 auf 296 000 Wagen steigern. Trotzdem gehört es zu denjenigen Ländern, die noch am wenigsten von dieser fortschreitenden Motorisierung erfasst wurden. In diesem Jahre kommt nämlich bei uns auf je 211 Einwohner ein Wagen, während die Vereinigten Staaten auf je sechs Einwohner ein Auto zählen, und überhaupt die überseeischen Staaten wie Kanada, Australien, Neuseeland an der Spitze des Automobils marschieren. Aber auch in europäischen Ländern, deren Reichtum an Eisenbahnwagen unermesslich viel größer ist, war die Entwicklung der Benutzung von Automobilen bisher viel stärker als in Deutschland. So entfällt in England auf je 49, in Frankreich auf je 54, in Schweden auf je 74, in der Schweiz auf je 102 Einwohner ein Wagen und sogar die dichtbevölkerten Niederlande benutzen noch fast doppelt soviel Wagen wie Deutschland; dort kommt auf je 121 Einwohner ein Auto. Die deutsche Industrie hat beim letzten Zolltarif als einziger Zweig das Prinzip der gleitenden Zölle zugestimmt erhalten, bei dem der Zoll im Jahr zu Jahr heruntergeht. Man wollte der Industrie eine Ruhepause zum Aufbau und zur Umstellung ihrer Betriebe geben. Inzwischen ist auch durch die Handelsverträge der vorgelohnte Zoll gesenkt worden, so daß die Konkurrenz mit dem Ausland neuerdings schärfer in Erscheinung tritt. Unter diesen Gesichtspunkten wird man die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Automobilindustrie zu würdigen haben. Eine große Rolle spielen hierbei die technischen Fortschritte, die in letzter Zeit erzielt werden konnten.

Die Umstellung bei den Opel-Werken.

Mit am weitesten vorgeschritten in der Anwendung amerikanischer Arbeitsmethoden sind wohl zurzeit die Opel-Werke, die kürzlich ihre Betriebe einer Besichtigung für die Presse öffneten. Die Tatsache, daß die Opel-Werke im besetzten Gebiet liegen und nicht den Vorteil des Einfuhrzolltarifs während der Inflation ausnutzen konnten, hatte diese Werke frühzeitig dazu gezwungen, die Umstellung der Produktion vorzunehmen. Seitdem wurde hier mit der technischen Neuausstattung und der inneren Organisation unermüdet fortgearbeitet. Im Hinblick auf die Automobilindustrie ist die Bandfabrikation durchgeführt, daneben sind amerikanische Maschinen und Konstruktionsverfahren deutscher Maschinen zum Ziel weitestgehender Arbeitersparnis eingesetzt worden. Im Fabrikbau ist der Erfolg am deutlichsten sichtbar, wo die Bodenverkaufspreise im Durchschnitt um 170 M. auf unter 100 M. herabgesetzt werden konnten. Auch im Automobilbau wurde eine weitreichende Preisreduzierung durchgeführt; als der bekannte Laubfrosch zweifacher, der kleinste Opel-Top, in den Verkehr kam, wurde er zunächst mit 4800 M. angeboten. In den letzten Monaten kostete er 3200 M. Auf der Ausstellung wird er jedoch mit einem weiteren Preisabbau auf 2980 M. verkauft. Das Hauptaugenmerk mußte die deutsche Fabrik darauf richten, ihre Fahrzeuge so zu bauen, daß sie sich im Gebrauch billiger stellen, als die gleichartigen ausländischen Typen. Im Gegensatz zu Amerika kommt es z. B. für Deutschland darauf an, den Benzinverbrauch niedrig zu halten. Infolge des dichten Verkehrs war es auch für Deutschland eine Notwendigkeit, selbst die kleinen Wagen mit Vierradbremse auszustatten. Es ist also nicht nur eine Konkurrenz mit dem Preis, sondern auch eine Konkurrenz in der Ausstattung und der Qualität der Wagen, die hier angestrebt wird. Ob mit vollem Erfolg — das Urteil darüber wird man dem Techniker und Sportmann überlassen müssen.

Vorbereitungen für die Schaffung eines Volksautos.

Ob wir, ähnlich wie die Amerikaner mit ihrem Ford-Wagen, ein deutsches Massenprodukt, ein Volksauto bekommen, diese Frage scheint angesichts des Leistungsstandes der deutschen Löhne und Massenarbeitslosigkeit geradezu gewagt. Trotzdem wird sie sich immer mehr auf. Denn die sozialen Probleme, die in Amerika den Gebrauch des Autos zu einer Angelegenheit der Massen gemacht haben, wirken auch bei uns. Auch wir haben einen starken Bauernstand, der, wenn seine Kaufkraft groß genug ist und die Fabrikpreise niedrig genug sind, zu einem erhöhten Autoverbrauch beitragen kann. Auch wir haben vor allem Millionen von Industriearbeitern, die in den Mietskasernen der Großstadt eingepfercht wohnen und das Bedürfnis haben, Wochenende und Freizeit im Freien zu verbringen — wozu auch die vollkommensten Massentransportmittel seit Jahrzehnten kaum noch ausreichen. Wie viele Berliner z. B. bleiben auch an den schönsten Sonntagen lieber zu Hause, um nicht in dem wüsten Gedränge der Stadt- und Straßenbahn sich den Genuß einiger Stunden im Freien allzu teuer erkaufen zu müssen. Was in Amerika Tatsache wurde, braucht in Deutschland längst noch keine Utopie zu sein, wenn nur die Arbeiterschaft sich daran gewöhnt, die nur unter ihrer Mitarbeit möglichen Fortschritte der Technik und der Fabrikation als eine Errungenschaft der Kultur auch für sich zu beanspruchen. Darüber hinaus sind aber auch heute große Teile des sogenannten Mittelstandes in der Lage, ein billiges Auto vorzuziehen, insbesondere Kaufleute. Ungekennzeichnet aller Art, die nicht nur in einem einzelnen Bureau, sondern an verschiedenen Stellen tätig sein müssen, ferner Reisende, Verbandsorganisationen, die ihre Organisatoren und Redner von Ort zu Ort schicken, und andere mehr. Für die meisten von ihnen ist die Beschaffung eines derartigen Fahrzeuges eine reine Geldfrage. Viele lassen sich heute auch durch die gegenwärtige Wirtschaftskrise davon abhalten, solche Beschaffungen vorzunehmen; eine Ausgabe von 3000 M. und mehr, dazu nicht unbeträchtliche laufende Kosten, scheut heute selbst mancher Gutsiruler.

Ob wir also ein Volksauto bekommen, hängt in erster Linie von zweierlei ab: einmal von der Preisgestaltung, zum anderen von den Einkommensverhältnissen. Führt die fortschreitende Rationalisierung entsprechend den Forderungen der Arbeiterschaft zu einer wesentlichen Erhöhung des Lohnniveaus, so steht dem abolut nichts im Wege, daß auch in Deutschland das Auto ein Volksgut wird.

Preise und Löhne im Opel-Betrieb.

Zunächst findet eine derartige Annäherung der Preise und der Löhne bei den hochrationalisierten Betrieben statt. Um bei unserem erwählten Beispiel zu bleiben: Als der Opel-Laubfrosch mit 4800 M. zuerst herauskam, bezog der gelernte Arbeiter über

24 Jahre im Opel-Betriebe einen Stundenlohn von 52 Pfennigen. Nach den von den Belegschaften bestätigten Angaben der Firma ist inzwischen dieser Lohn auf 1,13 M. gestiegen. Kostet heute der Laubfrosch etwas mehr als ein Jahreseinkommen des gelernten Opel-Arbeiters, so war vor einhalb bis zwei Jahren der gleiche Wagen nur um den vierfachen Jahresverdienst zu erzielen.

Aber wer kann heute einen ganzen Jahresverdienst für einen Gebrauchsgut freimachen, den er auch nur gelegentlich benutzen kann? Selbst in Familien, wo mehrere Mitglieder in der glücklichen Lage sind, für den gleichen Haushalt zu arbeiten, wird ein solcher Fall die ganz seltene Ausnahme sein.

Bei allem Respekt vor dem Sparsinn des deutschen Volkes, der sich in den trotz der Krise wachsenden Sparsparneinlagen betundet, wird man wohl noch auf Jahre hinaus den Arbeiter mit der Laterne suchen müssen, der sich zum Zwecke der Erholung etwa ebenso ein neues Auto kauft, wie sich heute viele Arbeiter ein Fahrrad oder ein Badelboot am Munde absparen.

Das Verhältnis von Kaufkraft und Löhnen in Amerika ist ein grundsätzlich anderes. Der Ford-Arbeiter braucht nur etwa den Verdienst von zehn Arbeitswochen aufzuwenden, also etwa ein Fünftel seines Jahresverdienstes, um sich in den Besitz eines Wagens zu setzen.

Daraus geht hervor, daß wir von dem Volksauto noch weit entfernt sind. Es ist aber interessant, zu beobachten, wie die Führer dieses Wertes sich im Gegenfah zu vielen anderen deutschen Arbeitgebern theoretisch die Erkenntnis bereits zu eigen gemacht haben, daß nur eine allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus den Massenablauf an Automobilen ermöglicht.

Auf diesen Massenablauf kommt es an.

wenn die Produktion weiter verbilligt werden soll. Sowohl die Opel-Werke, wie ihre Konkurrenten Brennabor und andere Serienfabrikanen, sind heute in der Lage, ein Vielfaches von dem zu produzieren, was sie ausenblicklich absetzen. Können aber die Maschinen und die Arbeitskräfte voll ausgenutzt werden, so senken sich natürlich die Fabrikationskosten, und die Preise können weiter heruntergehen. Wenn irgend ein Gewerbezweig, so ist es die Automobilindustrie, die beweist, wie sehr Lohnfesthaltung und Abschlag miteinander verbunden sind, wie wenig man für die Industrie eine größere Beschäftigung erwarten kann, wenn der Lohndruck direkt durch das Vorgehen der Arbeitgeberverbände, oder aber indirekt durch Niedrighaltung der Erwerbslosenunterstützung fortgesetzt wird. Doch man dabei die Tätigkeit der Gewerkschaften auch in Betrieben, die sozial eingestellt sind, nicht entbehren kann, beweist allein die Tatsache, daß auch die Opel-Werke sich erst ihre Lohnverhältnisse abringen ließen, wenn sich hier auch die Auseinandersetzung in leichteren Formen vollzog, als bei vielen anderen Unternehmungen. So konnten Streiks im allgemeinen während der letzten Jahre vermieden werden. So wurde ferner auch auf die Lohnüberhöhung verzichtet, die andere Unternehmer gewöhnlich bei Einführung vollkommener Arbeitsmethoden sofort erzwingen. Dagegen ist der Achtstundentag nicht durchgeführt. In der Woche werden 51 1/2 Stunden gearbeitet.

Das Umstellungsprogramm der deutschen Industrie ist, auch dafür baten die Opel-Werke ein interessantes Beispiel, noch längst nicht beendet. Während der Umstellungsaktivität selbst ergeben sich nicht nur die schwereren sozialen Belastungen für die Belegschaft — innerhalb kurzer Zeit wurde die Betriebsbelegschaft von 7438 Arbeitern bis auf 5200 heruntergeführt, um sie dann bei der zunehmenden Beschäftigung der letzten Wochen wieder um 400 Mann zu erhöhen —, auch der Markt erfährt durch diese fortgesetzten Schwankungen in der Beschäftigung starke Erschütterungen. Der deutschen Industrie ist es fraglos gelungen, einen erheblichen Teil des Preisdrucks aufzuheben, den die amerikanische Automobilindustrie bisher gehabt hat. Aber sie wird noch rüstlos weiterarbeiten müssen, und sie wird vor allem bald zu noch niedrigeren Preisen kommen müssen, wenn wirklich ein Massenablauf erzielt werden soll. Nicht nur darauf kommt es an, die fremde Konkurrenz zu verdrängen, sondern jenen großen Markt im In- und Ausland zu schaffen, der allein die Gewähr für eine volle Beschäftigung der Industrie und für niedrige Produktionskosten bei angemessenen Löhnen bietet. Die Ausstellung der deutschen Automobilindustrie wird wichtige Hinweise darauf bringen, ob die Industrie in der Erhaltung des Marktes vorwärts gekommen ist.

Rationalisierungsgewinne und Dividenden.

Stahlwerk Hoersch — Köln-Neuessener Bergwerksverein.

Nach dem Klockner-Konzern ist die Interessengemeinschaft Hoersch-Köln-Neuessener Bergwerksverein der zweite trussfreie Montankonzern des Ruhrgebiets, der nach dem dividendenlosen Vorjahr die allgemeine Rentabilitätssteigerung der Montanindustrie mit einer Dividende belegt. Auf die bei beiden Gesellschaften gleich hohen Aktienkapitalien von je 54,30 Millionen verteilt Hoersch 5 Proz., Köln-Neuessen 5 1/2 Proz. Da die beiden Gesellschaften ihre Gewinne zusammenwerfen und gleichmäßig verteilen (das halbe Prozent Mehrdividende bei Köln-Neuessen kommt aus einem Hoersch-Aktienkapital), läßt sich aus den Gewinnziffern allein für die Rentabilitätsentwicklung jeder der Gesellschaften nichts entnehmen. Auch die Gewinnrechnung gibt keine Anhaltspunkte; denn sämtliche Unkosten sind bei beiden Werten vor der Feststellung der Gewinne abgerechnet. Jedenfalls aber ist der ausgewiesene Gesamtgewinn beider Gesellschaften von 1,56 Millionen im Vorjahre auf 4,27 Millionen erhöht, also fast verdreifacht.

So müssen die Produktions- und Bilanzziffern hinzugenommen werden, um einigermaßen ein Bild von der Rentabilitätsentwicklung zu erhalten. Wir geben sie im folgenden für den Hoersch-Konzern:

| Hoersch-Konzern | 1924/25 | 1925/26 |
|--|----------------|----------------|
| Eisenerzförderung | 174 000 Tonnen | 142 076 Tonnen |
| Kohlenförderung | 1 708 028 | 1 709 449 |
| Roherezeugung | 690 005 | 651 780 |
| Schmelzerzeugung | 562 870 | 511 546 |
| Stahlerzeugung | 788 887 | 503 008 |
| Zugänge auf Anlagen | 12,56 Mill. M. | 5,96 Mill. M. |
| Abschreibungen a. Anlagen | 6,81 | 5,71 |
| Wert der Anlagen | 70,77 | 70,99 |
| Kapital u. sämtl. Reserven | 83,85 | 83,85 |
| Fremdkapital (Anleihe) | — | 18,00 |
| Industriebeteiligungen | 10,75 | 14,47 |
| Schulden | 28,88 | 28,99 |
| Forderungen | 19,71 | 35,19 |
| Vorräte | 11,46 | 9,84 |
| Verandrechnung (Hütten- und Walzwerke) | 98,95 | 85,42 |
| Bilanzsumme | 113,12 | 133,00 |
| Sämtliche Steuern | 5,55 | 4,88 |
| Ausgewies. Soziallasten | 3,20 | 3,75 |
| Zugänge Frachten | 6,82 | 3,95 |

Der erste Blick auf diese Ziffern, deren Richtigkeit natürlich nicht nachzuprüfen, wohl aber anzunehmen ist, enthüllt nun außerordentlich interessante Dinge: fast alle Produktionsziffern von Hoersch liegen tiefer als im Vorjahr; nur die Kohlenförderung macht mit einer ganz geringen Steigerung eine Ausnahme. Dem entspricht auch der Rückgang des Betrags der Verandrechnung der Hütten- und Walzwerke um mehr als 13 Millionen Mark. Im vorigen Jahr betrug nach einer Mitteilung in der Generalversammlung der wirkliche Ueberschuß des Hoersch-Konzerns nur 32 800 M. In diesem Jahr ist er unbekannt, weil Hoersch und Köln-Neuessen nur wieder den Gesamtgewinn bekanntgeben. Aus dem Rückgang der Förderung und der nicht allzustarten Verringerung der Vorräte müßte sich, da die Abschreibungen relativ stiegen (die Zugänge sind gegen 1924/25 weniger als halb so hoch) und die Verandrechnung stark sank, eher ein Verlust als ein Gewinn ergeben. Das Gegenteil ist aber offenbar der Fall; die Gewinne sind bedeutend gestiegen. Die Beteiligungen sind von 10,75 auf 14,47 Millionen erhöht (Spezialblechwalzwerk Dortmund und Werbohler Stanz- und Dampfhammerwerke), die Forderungen sind von 19,71 auf 35,19 Millionen gestiegen, während die Verpflichtungen sich fast gleichblieben. Die neue Anleihe von 18 Millionen wird in der Bilanz mehr als ausgeglichen durch die vermehrten Beteiligungen und Forderungen; im Anlagewert brauchen stille Reserven nicht aufgelöst werden. So bleibt für die Lösung des Rätsels, wie überhaupt ein Gewinn möglich war, und daß dieser Gewinn sicher vielmals höher ist als im Vorjahr, nur eine Erklärung: die Senkung der Steuern und Frachten und die Verringerung der Produktionskosten, also die Vorteile der Rationalisierung. Steuern sind für 1,7 Millionen weniger ausgewiesen, Frachten für 2,87 Millionen; die wichtigste Ziffer aber, die nach früheren Feststellungen des „Vorwärts“ in einem Jahr um 44 Proz. gestiegene Koproduktion der Ruhrstahlindustrie, wird wohlweislich verschwiegen. So ergibt sich mit absoluter Deutlichkeit, was wir schon beim Klockner-Konzern feststellen konnten und sich hier wiederholt, daß der Hoersch-Konzern seine Gewinne einmal den gesenkten Steuern, dann aber, neben den Frachtwinn, der Mehrleistung der Belegschaft verdankt. Die gesamte Mehrleistung der Belegschaft aber, die im Durchschnitt der Ruhrstahlindustrie 44 Proz. betrug und die bei Hoersch

Jeh rauche nur noch Nestor



hört man auch in Schlesien viel sagen. Es sind Kenner, die so sprechen. Das milde, süßliche Aroma, sowie die ägyptische Herstellungsweise werden sehr geschätzt. Verlangen auch Sie heute noch andere Marken. Bestehen Sie aber auf Nestor

Flor Fina 53
Nestor
FRANKFURT A. M.

erzielt wurde mit einem um volle 26 Proz. verringerten Arbeiterstand, wird (nach der Auffassung der Verwaltung) mit einem Mehraufwand an Soziallasten von 550 000 M. bezahlt.

Bei der reinen Sechengefellschaft des Köln-Neueisenbergwerksvereins liegen die Verhältnisse naturgemäß anders, — die Englandkonjunktur wirkte sich für das reine Sechengefellschaft stärker aus als für die überwiegend Stahl produzierenden Hoefh-Betriebe, aber die große Rolle der Rationalisierungsgewinne für die Gewinnsteigerung ist auch hier deutlich. Die Förderleistung stieg von 1,71 auf 2,12 Millionen Tonnen, also um 23,96 Proz. Die erhöhte Förderleistung wurde aber im Durchschnitt mit einer Belegschaft erzielt (7118 Mann gegen 6512 Mann im Vorjahr), die nur um 9,31 Proz. vermehrt wurde. Dabei ging die Kohlerzeugung um 13,01 Proz. zurück. Die Bilanz ist außerordentlich flüssig und zeigt große Verbesserungen gegen das Vorjahr: so sind die Beteiligungen von 8,11 auf 9,58 Millionen gestiegen; die Forderungen einschließlich Bankguthaben sind zwar mit 12,42 gegen 12,19 Millionen fast gleich geblieben, dafür sind aber die Schulden von 6,26 auf 4,91 Millionen beträchtlich zurückgegangen. Die zahlreichen ober- und unterirdischen Neuanlagen, der Ausbau der Hafenanlagen, die Beschaffung eines großen Schlepptampfers und acht neuer Schlepptähne, ebenso die vermehrten Beteiligungen wurden „über Betrieb“ bezahlt, so daß der tatsächlich erzielte bedeutend über dem ausgewiesenen Gewinn liegt.

Eine Studiengesellschaft für den Zusammenschluß der Waggonindustrie. Am Sonnabend haben die Firmen von der Zypen u. Charlier, Köln-Deutz, Gothaer Waggonfabrik, Gotha, Gustav Talbot u. Co. in Lachen, Linde-Hojmann, Waggon- und Maschinenfabrik Busch-Baughen, Waggonfabrik Gebr. Castell-Rain und Waggonfabrik L. Steinfurth in Königsberg i. Pr. eine Studiengesellschaft ins Leben gerufen, die das Problem der Zusammenfassung von deutschen Waggonfabriken zu einem einheitlich geleiteten Unternehmen alsbald in Angriff nehmen will. Außer den obigen Firmen sollen auch andere Waggonbauanstalten zur Teilnahme an der endgültigen Gesellschaft eingeladen werden. Der Zweck des Zusammenschlusses ist, nach den Angaben der Gesellschaft, die Produktionskosten in durchgreifender Weise zu vermindern und dadurch die deutsche Waggonindustrie wieder lebensfähig und auch im Auslande wettbewerbsfähiger zu machen. Es gibt wohl kaum ein Gebiet der Vereinigungsindustrie, das sich in gleicher Weise wie der Waggonbau zur Typisierung eignet. Der bisherige Zustand, daß die meisten Fabriken Eisenbahnwagen verschiedenster Art (Güterwagen, Personenzüge, Straßenbahnwagen usw.) in denselben Werkstätten bauen und zu diesem Zwecke gleiche Konstruktions- und Verkaufsbüros unterhalten müßten, soll beseitigt werden. Durch Zusammenfassung der Fabriken werden sich erhebliche Vereinfachungen, Verbesserungen und Verbilligungen ergeben.

Ueber die Ausdehnung des internationalen Kupferkartells (Copper Exporters Inc.) wird jetzt mitgeteilt, daß dem Konzern alle nord- und südamerikanischen Kupferfirmen mit Ausnahme der Miami-Copper u. Co. angehören. Der Konzern hat seinen Sitz in New York. Im Aufsichtsrat ist der bekannte Industrielle Kellen vom Anaconda-Konzern, der auch Interesse an der polnischen und deutschen Industrie genommen hat, führend. Von deutscher Seite gehören dem Konzern folgende Firmen an: Baron Hirsch u. Sohn (Hirsch-Kupfer), die Mansfeldische Metallhandels-A.G., die Mansfeld-A.G. für Bergbau und Hüttenbetriebe und die Metallgesellschaft.

Russische Werkzeugmaschinenbestellungen in Deutschland. Nach den letzten in Moskau vorliegenden Meldungen sind von Rußland an deutsche Firmen bis zum 7. Oktober d. J. insgesamt 540 Bestellungen auf Werkzeugmaschinen vergeben worden, für deren Finanzierung die Kreditsicherung des Reiches und der Länder in Anspruch genommen werden soll. Die Gesamtsumme der abgeschlossenen Verträge beläuft sich auf rund 20 Millionen Mark. Diese Bestellungen sind vom Handelskommissariat im Einvernehmen mit den zuständigen russischen Industriellen an etwa 80 deutsche Großfirmen vergeben worden, deren Angebote den technischen Anforderungen in vollem Maße entsprochen haben. Der Menge nach stehen an erster Stelle Drehbänke modernsten Typs, ferner Fräsmaschinen und Schleifmaschinen. Dazu kommen zahlreiche (bis 500 Stück) einzelne Spezialmaschinen, darunter Luftpressen, Dampfhammer und hydraulische Pressen.

Aus der Partei.

20 Jahre Glasgower „Forward“. Am 13. Oktober 1906 brachten ein paar junge Leute mit sehr wenig Geld die erste Nummer des Glasgower „Forward“ heraus, den sie in ihrer Freizeit als Propagandamittel für den Sozialismus hergestellt hatten. Der gegenwärtige Herausgeber Tom Johnston, der in jener Zeit unter dem Einfluß von William Morris und Eduard Carpenter stand, schrieb die Artikel. J. R. Clynes, der spätere Minister, war der erste Parlamentarierkorrespondent des Blattes und kurze Zeit nach der Gründung des Blattes veröffentlichte H. G. Wells in ihm eine seiner ersten sozialistischen Erzählungen in Fortsetzungen. In der neuesten Nummer des „Forward“ erinnert der Herausgeber an diese Anfänge und stellt fest, daß bisher noch kein Aktionär des Blattes auch nur einen Penny Profit von der Zeitung bezogen hat. Das Blatt ist zu einer erfolgreichen Wochenschrift geworden, die insbesondere in Schottland und Nordengland große Verbreitung besitzt. Wir wünschen unserem Namensbruder von Herzen glückliches Fortschreiten!

Öffentl. Werbeveranstaltungen

Morgen, Mittwoch, 27. Oktober:
Friedrichshain. (32. Abteilung): 7 1/2 Uhr in Schmidts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36 a. Redner: Polizeioberst a. D. Dr. Hermann Schüßinger.
Friedrichshain. (33. Abteilung): 7 1/2 Uhr im Lokal Schönerl, Stralau, Kynaststraße. Redner: Karl Mierendorff.
Männer und Frauen, erscheint in Massen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind
 Berlin SW 68, Einblendstraße 2.
 Hets an das Bezirkssekretariat,
 2. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

3. Kreis Wedding. Die Teilnehmer am Kurkurs „Probleme der Weltwirtschaft“ treffen sich am Donnerstag, 28. Oktober, 7 1/2 Uhr, im Kurkurslokal „Mien“, Eds. Sanitätsstr. zu einer wichtigen letzten Besprechung.
 7. Kreis Charlottenburg. 5. Abt.: Mittwoch, 27. Oktober, 7 1/2 Uhr, in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Anseebest. 24 (am Savignypark, Städt. Wohn), Kreismitgliederversammlung. Vortrag: „Bodensozialismus und Sozialpolitik“. Mitteilungsblatt kontrolliert.
 11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Mitgliederversammlung der Partei Schulze am Mittwoch, 27. Oktober, 8 Uhr, im Gefängnis der Hohenzollern-Schule, Berliner Straße. Vortrag: „Erziehungsaufgaben“. Referentin: Beatrix Effen. Gäste herzlich willkommen.
 14. Kreis Neukölln. Wegen der allgemeinen Funktionärerversammlung heute, Dienstag, 26. Oktober, muß die Versammlung der Mieterbewegung auf Montag, 1. November, 7 Uhr, verlegt werden. Lokal wird noch bekanntgegeben.

heute, Dienstag, den 26. Oktober:
 29. Abt. Die Bezirksleiter geben den Bericht über den Agitationserfolg bis heute abend bei Frau. Prenzlauer Allee 189, ab.
 32. Abt. Neukölln. Die Funktionäre besetzen geschlossen die heutige allgemeine Funktionärerversammlung in der Germania-Halle, Chausseest. 119. — Morgen, Mittwoch, den 27. Oktober, 8 Uhr, bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Straße 173, Abteilungsversammlung, bei der kein Funktionär fehlen darf. Thema: „Die Winterarbeit in der Abteilung“. Zu der Kreismitgliederversammlung am Donnerstag, 28. Oktober, laden die Funktionäre durch Handzettel ein, die beim Abteilungsleiter, Genossen Schindler, Kaiser-Friedrich-Str. 65, 4. Tr., abzuholen sind.

Morgen, Mittwoch, den 27. Oktober:
 2. Abt. 4 1/2 Uhr Nachabend bei Zeller, Engelstr. 23, und bei Schulz, Stallstraße 10. Gäste herzlich willkommen.
 6. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in folgenden Lokalen: Albrecht, Veteranenstr. 4; Füllmer, Schwedter Str. 23; Dehlig, Schwebler Str. 227; Dörbeben, Rheinsberger Str. 46; Tobolsky, Solmsenstraße 11.
 7. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend bei Döll, Belfort. 11. Referent Genosse Riemann. Rede, Gedächtnis-Str. 55; Diefel, Bonnerstr. 19; Petrus, Spanghaffstr. 1; Dams, Schönebergstr. Referent Genosse Friedländer.
 14. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schule Tautschke Str. 3 Abteilungsversammlung. Vortrag: „Weltwirtschaftliche Lage und die Arbeitslosigkeit“. Referent David Steiner vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Sämtliche „Arbeiter“ Referent und Sammelkassierer sind herzlich eingeladen.
 15. Abt. 7 1/2 Uhr bei Goldbach, Winterplatz 7, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die letzten Ergebnisse im russischen Landbau“. Referent: Bürgermeister Karl Reid, W. d. L. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.
 16. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend bei Müller, Scheringstr. 10, und „Bak-Art“, Prenzlauerstr. 79.
 18. Abt. 7 1/2 Uhr bei Müller, Wehrstr. 12, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Bürgerrecht und Kampfpolitik“. Referent Otto Bock.
 19. Abt. 7 1/2 Uhr Abteilungsversammlung in der Germania, Chausseest. 119. Vortrag: „Die Reichsversammlung“. Referent Genosse Ewert.
 20. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende, Kolonnenstr. 147. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenaufhebung“. Referent Adolf Böhndel.
 21. Abt. 7 1/2 Uhr im Schöneberg, Malplanstr. 14/16. Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenaufhebung“. Referent Erich Rottner, W. d. L.
 22. und 23. Abt. 7 1/2 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im kleinen Thurnstr. 142. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenaufhebung“. Referent Ruffe Müller, W. d. L.
 24. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Altesheim, Danziger Str. 62. Vortrag: „Unsere Arbeit für die weltliche Schule“. Referent Genosse Malina. Die Bezirksleiter laden durch Handzettel ein.
 25. Abt. 7 1/2 Uhr im kleinen Saal des Saalbau Friedrichshain Mitgliederversammlung. Vortrag: „Landschaftsreform und Fürstenaufhebung“. Referent Dr. Alfred Freund, kein Mitglied darf fehlen.
 27. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in den bekannten Lokalen.
 28. Abt. 7 1/2 Uhr bei Füllmer, Schwedter Str. 227, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Was hat die heutige Kulturpolitik von der Revolution bis zum Weltkrieg in der Arbeiterbewegung“. Referent Robert Hübner.
 30. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in folgenden Lokalen: Lohr, Paderer Str. 108; Schröder, Doppelallee 34; Hoffmann, Paderer Str. 8. Vortrag des Genossen Blich. — Hagenfeld, Garmen-Garten-Str. 3; Stallmann, Ranzowstr. 10 Ecke Funderstraße. Referent Genosse Seifert.
 31. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend bei Goldschmidt, Stolpische Str. 36; Wehner, Schönebergstr. Ecke Schönhafer Straße; Rih, Malmier Ecke Schönhafer Straße.
 38. Abt. 7 1/2 Uhr pünktlich bei Westphal, Friedenstr. 88, wichtige Funktionärerversammlung. Die Bezirksleiter melden die Ergebnisse ihrer Arbeit. Auch sonst wichtige Tagesordnung. Reelles Werbematerial ist mitzubringen. — 180. Bezirk. Die Arbeiter des Bezirks melden die Tätigkeit, 26. Oktober, abends, die Ergebnisse ihrer Arbeit bei Gän und Wendt.
 39. Abt. 7 1/2 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Der englische Rohwollenerwerb“. Referent Kurt Feinig. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Gäste herzlich willkommen.
 42. Abt. 7 1/2 Uhr in den Biederstein, Biederstr. 61, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenaufhebung“. Referent Erich Beilmann, W. d. L. Die Bezirksleiter laden ein.
 43. Abt. 7 1/2 Uhr bei Rade, Fichtstr. 28, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenaufhebung“. Referent Emil Riedt, W. d. L.
 46. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend: Stadtbezirk 106, 107a und 107b bei Eichhoff, Gauerstr. 23. Stadtbezirk 108a und 108b bei Wollentin, Gellert Str. 72. Erheben alle Genossen, besonders der Genossen, die sich an der Arbeiterarbeit beteiligt haben, ist Pflicht.
 47. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Romad, Mantuffelstr. 9, Fortsetzung des Vortrages über „Kommunale Politik“. Referent: Stadtbezirk Hans Bonow. Sämtliche Bezirksleiter haben die Resultate der Werbemethoden bis Dienstag, den 26. Oktober, bei Ripner, Rastauer Str. 24, abzuholen.
 56. Abt. Charlottenburg. Die Abteilungsversammlung (32) aus. Beteiligung an der Versammlung abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula Anseebest. 24 (am Savignypark).
 75. Abt. Schöneberg. 8 Uhr bei Rosenthal, Chausseest. 66, Abteilungsversammlung. Vortrag: „Der Kampf um die politische Macht“. Referent Wilm Bogge. Erheben alle Mitglieder ist unbedingt erforderlich.
 81. Abt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr in der Gesellschaftsraum des Rathauses, am Bauhofplatz, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Die Haltung der Landsozialisten“. Referentin Gertrud Hanna, W. d. L. Die Bezirksleiter müssen pünktlich um 8 Uhr anwesend sein.
 85. Abt. Kottbuscher. 8 Uhr im Restaurant Ratan, Belfort. 7, Mitgliederversammlung. Vortrag: „Unsere Stellungnahme zur Fürstenaufhebung“. Referent Carl Felgentreu.

86. Abt. Mariendorf. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Anseebest. Vortrag: „Die Mängel des Gesetzes Groß-Berlin“. Referent: Stadtratsmitglied Ernst Reuter. Sämtliche Mitglieder sowie eingeladene Gäste haben Zutritt. Werbereisultate, Hauslisten und Bählerlisten sind mitzubringen.
 138. Abt. Reinickendorf-Öst. 8 Uhr im Lokal Weiser, Residenzstr. 100 Ecke Rantower Allee, Abteilungsversammlung. Vortrag: „Nationalismus und Internationalismus — Potsdam und Genf.“ Referent: Oberstadtdirektor Dr. Rich. Buching. Diskussion, Abteilungsangelegenheiten, Mitgliederbuch jugendlich. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Jungsozialisten, heute, Dienstag, den 26. Oktober:
 Gruppe Lichtenberg. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Backhaus 10, Zimmer 2. Vortrag: „Die Genossenschaftsbewegung und ihre Bedeutung.“ Referent Otto Kamm. Das Erscheinen familiärer Genossen wird erwartet. — Gruppe Köpenick. 8 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, Gruppenabend.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Wanderarbeiterkongress morgen, Mittwoch, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. Tagesordnung: 1. Bericht über den Verlauf in Spandau (Genossin Eise Gohrer). 2. Vortrag: „Arbeiterjugend und Lebensführung“ (Genossin Eise). 3. Musikprobe. 4. Beschiedenes.
 Die beiden ersten Aufsatze finden am kommenden Sonntag statt. Im Jugendheim Lindenstr. 3 schließt der Genosse Leo Mahenberg einen Bach-Abend aus. Im Jugendheim Rastauerstr. 4 beginnt Genosse F. Hiller seine Vortragsreihe „Einführung in die Kunst“. Genossen, besuch die Veranstaltungen!

heute, Dienstag, den 26. Oktober, 7 1/2 Uhr:
 Gesundheitswesen: Schule Potsdamer Str. 2. Vortrag: „Selbstaktuelle der Arbeiterbewegung“. — Wedding-Kreis: Jugendheim Gey. Eds. Rainer Straße. Vortrag: „Arbeiterjugend und Arbeit“. — Köpenick: 306. Gemeinde-Schule, Mandelbuckstr. Vortrag: „Was hat die Arbeit am Weltkrieg?“ — Rastau II: Jugendheim Döbener Str. 6. Vortrag: „Leben der sozialen Revolution“. — Schöneberg: Vorabend: Schule Döbener Str. 2. Vortrag: „Leben der sozialen Revolution“. — Weihenstephan: Jugendheim Parf. 36. Vortrag: „Utopie der Sozialisten“. — Schöneberg I: Jugendheim Hauptstr. 13. Vortrag: „G.S.J. und Reformbewegung“. — Wilmersdorf: Jugendheim Hilberstraße 4. Vortrag: „Weltliche Schule“. — Mariendorf: Alte Schule, Dorfstr. 7. Vortrag: „Unsere Bewegung“. — Neukölln II: Rathaus-Schule, Bobbinstraße. Vortragsreihe: „Die Arbeiterbewegung“. — Neukölln III: Schule Weiserstr. 19. Vortrag: „Der Arbeiterbund“. — Neukölln V: Jugendheim Roggenstr. 36. Vortrag: „Unsere Bewegung“. — Neukölln VI: Schule Herberstraße, Nummer 4. Vortrag: „Gegen die Fälschung“. 1. Teil. — Reinickendorf-Öst: Seebad, Residenzstr. 10. Vortrag: „Unsere Arbeit“. — Weidenhof: Kreuzberg: Morgen, Mittwoch, 4 1/2 Uhr. Sprechstunde im Jugendheim Reinickendorfer Str. 66. Die Gruppen müssen rechtlich vertreten sein.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
 Geschäftsstelle: Berlin 614, Gebälkstr. 37/38, Hof 2 Tr.
 Sonntag: 11. d. 10. 7 1/2 Uhr. Sitzung aller Bezirksabteilungen und der an der Sanitätsabteilung Groß-Berlin interessierten Kameraden in den Sophien-Cäken, Berlin, Sophienstr. 18/19. — Kreuzauer Kameraden: 11. d. 10. 4 1/2 Uhr. Döbener Str. 62. Kreisabend. Ref.: Redakteur Kurt Rühlmann. Thema: „Meine Jugendzeit“. — Kreuzauer Kameraden: 11. d. 10. 8 Uhr. 8 Uhr. in Rabes Kaffeehaus, Fichtstr. 29. Vortrag des Kam. Feinert über „Die republikanischen Parteien und das Reichsbanner“. Gäste herzlich willkommen. — Weidenhof: Fr. d. 10. 7 1/2 Uhr. Kreisabend. Gellert-Str. 72. Ref.: 151. Erheben alle Kameraden Pflicht. — Panow (Kreuz): 11. d. 10. 7 1/2 Uhr. Kreisabend. bei Meier, Rüdigerstr. 11. Ref.: 14. Ohne Mitgliederbesuch kein Zutritt. Nachrichtenabend. Ref.: 11. d. 10. 8 Uhr. in Rabes Kaffeehaus, Fichtstr. 29. Vortrag des Kam. Feinert über „Jugend und Kampfpolitik von 1914-1918“. — Wilmersdorf: 11. d. 10. 8 Uhr. besuch die familiäre Kameraden der Republikanischen Abend im Bitterbüchlein. Die Jugend- und Gruppenleiter laden ein.

Arbeiterverein für Wissenschaft und Lebensreform. Versammlungen am 27. Oktober, 7 1/2 Uhr. Bezirk Weidenhof: Lokal Rastauerstr. 4. Vortrag: „Krieg und Vorkriegsbedingungen“. — Bezirk Köpenick: Lokal Rastau am Bauhof. Vortrag: „Krieg und Vorkriegsbedingungen“. Gäste willkommen. Eintritt frei.
 Reichsbanner-Volkshochschule Berlin. Mittwoch, 27. Oktober, 7 1/2 Uhr im Kassenlokal Gannahaus, Berlin SW, Solferino Str. 24-26. Dr. P. Richter: „Der Materialismus im Lichte der modernen naturwissenschaftlichen Theorien“. — Gruppe freie Arbeiter im Verband Volkshochschule, e. V. Dienstag, 26. Oktober, 8 Uhr. Schule Gipsstr. 20. Ref.: Genossin Maria Reide über „Langsam England“. Besichtigung Club, Bismarckstr. 104. Mittwoch, 27. Oktober, 8 Uhr. Prof. Wandlberg: „Charm“.

... oft und gern



Fast vierzigjährige Erfahrung bürgt Ihnen für die Weltmarke: Kathreiners Malzkaffee. Der Gehalt macht's!

Reste **Reste** **Beginn: Montag, den 25. Oktober** **Reste** **Reste**

Grosser Reste-Verkauf

| | | |
|--|---|--|
| Wollmusselin-Reste Jeder Rest 30, 38 18 | Reste und Abschnitte Nemdentuch-Reste 90 cm breit Meter von 35 4 an | Seidenreste glatt und gemustert Jeder Rest 75, 45 15 |
| Hemd-Barch-Reste Jed. Rest 45, 35, 25 4 | Reste und Abschnitte Linn-Reste 80 cm breit Meter von 45 4 an | Volle-Reste gewöhnl. Jed. Rest 95, 75, 45 4 |
| Abfälle von Wachs- tuch 5 4 u. 10 4 | Reste und Abschnitte Körperbarchend u. Pique-Reste Meter von 55 17 an | Tricollin-Reste Jed. Rest 75, 45, 25 4 |
| Nessel-Reste 80 cm breit Jeder Rest 35, 25 10 | Reste und Abschnitte Bettstirn u. Damast-Reste 90 cm breit Meter von 78 17 an | Kleidernammel-R. J. Rest 1,75, 1,25, 95 4 |
| Elomino 150 cm breit. Meter 32 4 | Reste und Abschnitte Kar. Wollstoff-Reste Jed. Rest 95, 75, 58 4 | Einfarbige Wollstoff-Reste Jeder Rest 1,75, 1,25 95 |
| Wachstuch-Decke 50x100 Stck 30 4 | Reste und Abschnitte Sportlanall-Reste Jed. Rest 45, 35, 25 4 | Blusenstoff-Reste Jed. Rest 95, 75, 38 4 |
| Tüllgardinen-Reste Jeder Rest 25 4 | Spitzen- und Stickerei-Reste Jeder Rest 5, 12, 25, 38 | Kasak mit langem Arm 1,95 |
| Angesammelte Band-Reste Jeder Rest 5, 10, 20, 25 | Morgenrock 3,95 aus gutem Flausch | Reste |

Unsere Einheitspreis-Abteilung bietet Außerordentliches

NEUNHUND HERMANNSTR. 210

Mansfeld

Republik Marke Friedrich.

Von Paul Gutmann.

Es ist nicht zu leugnen, daß der Postminister mit großem Nutzen die Propagandamethoden der Industrie studiert hat. Sein Fredericuskopf auf der Zehnspfennigmarke, womit er uns zu beglücken gedenkt, entspricht den verschiedenen Reklametypen, womit die Güte einer Seife, Schuhwachs oder eines Shampooamittels ungedauernd ins Gedächtnis gerufen werden soll. Wie der seine Mann in keinem Stadtbahnwagen fahren kann, ohne daran denken zu müssen, daß er seine Stiefel mit Urbin zu wischen habe, so soll in Zukunft der Republikaner immer wieder durch das „großen Königs“ aufgerüttelt werden. Meinten Sie es anders, Herr Stingl? Sie sagen, auch Goethe, Schiller und andere deutsche Geistesheroen werden mit ihren Köpfen die neue Markenserie schmücken. Sie hätten auch dann nicht recht, wenn Friedrich nicht bloß ein König, wenn er wirklich deutsch und ein Geistesheroe gewesen wäre. Aber die Gegenbeispiele gegen die beiden letzteren Umstände sind mittlerweile derart geführt worden, daß das Idol Friedrich eben nur noch ein Idol bedeutet und mit der Königsmarke nur mehr eine faule Sache zu propagieren ist. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß der Fünfspennig-Schiller und die übrigen Herrschaften die Konzeptionschulzen sind, und der erhabene Monarch der Sage ein schlaues Mittelchen einer gewissen zähen Propaganda.

Sie ahnen gar nicht, Herr Stingl, wie sehr sich Goethe und Schiller bedanken würden, mit Ihrem Fredericus in einer Serie erscheinen zu müssen. Sie wissen offenbar nicht, daß die Heroen der deutschen Klassik einmütig in der Ablehnung Friedrichs gewesen sind. Goethe hatte nicht nur die „frühliche“ Begeisterung seiner unreifen Jugend ins völlige Gegenteil revidiert, er erblickte in dem Preußenkönig später einen Reichsverräter, gegen den er einen Fürstentum ins Leben rufen wollte. Der große Winkelmann nannte Friedrich den „Schinder der Völker“ und Lessing bezeichnete Preußen als „das sklavischste Land Europas“. Alle hatten sie recht; ihre Urteile sind in überwältigendem Maße von der unbesangenen Geschichtschreibung bestätigt worden. Vor kurzem erschien in erweiterter Auflage ein umfangreiches Buch: „Fridericus“ (Jacob Hegner, Hellerau bei Dresden), dessen Verfasser Werner Hegemann in einer Art platonischen Dialogs mit dem Amerikaner Manfred Ellis auf geistvolle, überaus fesselnde Art den Charakter Friedrichs nach allen Seiten analysiert. Eigenartig und für deutsche Verhältnisse bemerkenswert ist es übrigens, wie der Verfasser sich ein wenig vorsichtig hinter dem unerbittlichen Urteil des Amerikaners verhält, während er wie Antonius in jener berühmten Leichenrede ausruft: „Und Brutus ist ein ehrenwerter Mann!“ „Es ist traurig“, meint er, nachdem Ellis sämtliche Friedrich angelegte Vorzüge als erfunden nachgewiesen hat, „was Sie dem großen König alles abstreiten wollen. Ein paar Federn müssen Sie ihm doch lassen“, worauf Ellis antwortet: „Mir scheint, er muß sie alle lassen, denn sie gehören ihm nicht.“

Wasche um Wasche wird die um Friedrich gewobene Legende aufgetrennt. Wir sind gewohnt, nach dem Gemälde Menzies den König als den geistreichen Blauder der Tafelrunde in Sanssouci zu sehen. Seine Vertrauten de Catt und Lucchesini berichten über jene Unterhaltungen bei Tafel, die übrigens vier bis sechs Stunden dauerte, daß der Monarch über alles, was er nicht verstand, weit-schweifig sprach, daß er in Astronomie, Geographie, Naturwissenschaften, Schifffahrt, worüber er sich gern verbreitete (wer möchte hier nicht an Wilhelm II.), ein völliger Ignorant gewesen sei. Voltaire hatte den üblichen Unterhaltungston den eines Bordells genannt. Ueber Friedrichs Politik äußerte sich bereits Bismarck: „Die Politik im Stille einer durch Generäle ausgeführten königlichen Order.“ Der englische Gesandte berichtet: „Jedes Handelsunternehmen seiner Regierung ist bis jetzt unweigerlich fehlgeschlagen.“ Er prophezeite in politischen Dingen ebenso falsch wie sein Nachfolger Wilhelm II. So glaubte er fest an einen bevorstehenden Bankrott Englands. Die deutsche Dichtung, die damals soeben zur Welt-eroberung sich anschickte, verachtete er. Er verbot seinen Untertanen Preußen zwecks Studiums zu verlassen. Jener „gerechte“ Monarch, dessen legendenhafte Wort vom „Niedrigerhängen“ berühmt ist, und der die Gazetten nicht genießen wollte, ließ in Köln und Erfurt mißliebige Zeitungsschreiber durch seine Subjekte verprügeln. Seine Siedlungspolitik ist kläglich. Durch unerhörte Zerschlagungen und Steuererpressungen seiner französischen Einnehmer, durch brutale Rekrutenaushebungen verjagte er seine Untertanen zu Tausenden. (Siehe hierüber vor allem Mehrings „Festungslegende“, 9. Aufl. J. H. W. Dieh 1926.) Er war es ferner, der im Gegensatz zu seinem Vater den Uebermut der adligen Junker ins Maßlose steigerte, indem er sie den gemeinen Mann als willenloses Vieh behandeln ließ. Seine Kabinettsjustiz war von grauamter Willkür. Er war ein Verschwender. Das Neue Palais, einen reinen Luxus- und Repräsentationsbau, ließ er errichten, nachdem sein Land durch den unglücklichen Siebenjährigen Krieg fast verblutet war.

Was Friedrich in der inneren Politik gesündigt hat, siehe sich vielleicht als zeitlich bedingte Irrtümer hinnehmen, wenn nicht seine äußere Politik ebenso fehlerhaft gewesen wäre. Sie war ein Banquetpiel, die Tat eines ehrgeizigen Kaufbolts nach seinem eigenen Eingeständnis, „schädlich und gefährlich“ nach Bismarcks Ausspruch. Ellis-Hegemann sagt: „Man macht sich nicht recht klar, daß Deutschland heute eins der großen Weltreiche sein könnte, ohne die diplomatischen und poetischen Ungeschicklichkeiten dieses hysterisch rasenden Preußenrolands Friedrich II.“ Hier ist der Punkt, wo der Briefmarkenerlach des Postministers sich als politischer Bahnsinn erweist. Im Sinne eines Großdeutschlands, zu dem wir jetzt nicht nur die von Friedrich bekämpften Sachen zählen müssen, sondern auch Oesterreich, war Friedrich ein Hochverräter. Er war es nicht nur, indem er, wie Wallenstein, dem deutschen Kaiser abtrünnig wurde, sondern indem er auch, im Gegensatz zu Wallenstein, jedes nationale Ideal verriet. Condottiere, der er war, biederte er sich mit den Franzosen gegen Deutsche an, war die Ursache, daß Flandern, Elsass und Lothringen endgültig dem Reich verloren gingen, ja, er hätte sich nicht scheuen, die Türken gegen Deutschland zu hegen. Durch ihn ist, wie Hegemann überzeugend nachweist, die friedliche deutsche Kolonisation des Ostens, Habsburgs größte Mission, zum Stillstand gekommen. „Hat jemals ein Volk die selbstvernichtende Verderberin weiter getrieben als die Deutschen, die sich diesen Hochverräter als Nationalhelden aufschwahlen liehen!“ ruft der Amerikaner Ellis erschütterter aus. Wenn Amerika einen solchen Nationalhelden besessen hätte, so würden die Weststaaten von den Oststaaten durch Zollmauern getrennt sein, das Land hätte sich gegenständig zerstückelt, und auf den großen Binnenseen würden die Panzerschiffe kreuzen.

So sieht der „große König“ im Lichte der unbestechlichen Geschichtsforschung aus, der unferer Erinnerung nunmehr auch durch

Briefmarken aufgelebt werden soll. Ist es wahr, daß er ein ebenso ungeschickter, wenn auch mitunter vom Glück begünstigter, Feldherr wie ein dilettantischer Perfemacher gewesen ist, ein Glücksritter, der knapp vorm Untergang durch einen Zufall gerettet worden ist? Sein Kriegsruhm interessiert uns nicht. Wir lehnen in ihm nicht nur die Monarchie ab, sondern in seiner Person die unnationalste, ideenloseste, egoistischste und brutalste Form des monarchistischen Prinzips. Wir überlassen es demokratischer Ideologie, in diesem ewig mit Scheinsfreiheit tolettierenden Ignoranten den Freiheitsgeist zu erblicken. Wir belächeln Thomas Manns Auslegung seines Lebens, als das eines intellektuellen Opfers, als bürgerliche Romanistik. Wir wollen diesen un-deutschen völkischen Preußen nicht, der gefagt hat: „Es muß weiter geraust werden! Wofür? Um uns einen Namen zu machen!“ Wir schließen uns Hegemann-Elis' Ausspruch an: „War je ein Narr kurzfristiger als Friedrich II.“

Wiking und Olympia.

Der Staatsgerichtshof hob das Verbot der reaktionären Verbände auf.



Kein Engel ist so rein wie dieses Kind.
In mildem Ton der Staatsgerichtshof spricht.
Sie rüsten gegen uns, er sieht es nicht.
Wen wundert es? — Gerechtigkeit ist blind!

Die Rache Simsons.

Eine Bubitopsgeschichte von Georges Pourcel.

Mit großen Zukunftshoffnungen ließ sich Amédée Leslang in Brunn-sur-Algoz als Haarkünstler und Gastwirt nieder. Jung, unternehmungslustig, klug, glaubte er in kürzester Frist sich ein Vermögen erwerben zu können. Aus dem weltverlorenen Nest wollte er eine für jeden Fortschritt begeisterte Stadt machen. Die Frauen waren hier tosket, und die Männer tranken gern: zwei günstige Glücksumstände.

Neben der großen Schenkstube eröffnete er ein Friseurgeschäft. Keinen altmodischen Laden, den zwei bei allen Winden klappernde Metallbecken als solchen kennzeichneten, sondern ein Geschäft nach Pariser Modell: mit einem Auslagenfenster, mit Wachsbüsten, bunten Seifen und Obeurfsachen. Alles war neu, frisch, schön herausgeputzt, gleichender Goldschimmer nicht gespart. „Salon für Damen“ konnte man über der Eingangstür lesen.

„Salon für Damen!“ Die überraschende Aufschrift befreite die in Brunn in beträchtlicher Anzahl vorhandenen verständigen Personen. Dieser Barbier war verrückt. Man betrittete ihn scharf. Frau Thalie, die sich im Orte eines beträchtlichen Ansehens erfreute, verachtete die Tugendhaften in corpore gegen den Neuerer aufzuheben. Mein Herr! Wir sind hier nicht in der Hauptstadt.

Der unglückliche Haarkünstler mochte — wenn Brunn Sonntags zur Kirche ging — mit noch so einladendem Rächeln die Vorübergehenden anzulocken suchen: es war vergebliche Mühe. Bewußt, man schleie ein wenig nach der schönen Dame aus Wachs hinüber, deren gezeichnetes Gesicht hinter der Scheibe so reizvoll lächelte und die einen so entzückenden Bubitop hatte; die weiblichen Rufen zogen den Duft der Seifen und Parfüme ein; man zitterte vor Begierde, die Wünsche ließen die Gesichter erblaffen — aber selbst den Kühnsten fehlte der Mut, den „Salon für Damen“ zu betreten.

„Wollen Sie denn nicht auch das Haar à la Rinon tragen, meine Püppchen?“

Die an einige junge Mädchen gerichtete Frage verursachte nur ein Geflüster der Befangenheit. Eines Tages antwortete eine etwas gemiedere Dörslerin dem schönen Coiffeur: „Wir möchten wohl, aber was würde Frau Thalie dazu sagen?“ Thalie? Amédée stieß zum erstenmal gegen diesen Drachen. „Mit der muß ich fertig werden“, knirschte er mit zusammengepreßten Zähnen.

Diese Thalie, deren Jugend — wie es hieß — nicht frei gewesen war von Stürmen, verteidigte, alternd, die Tugend der anderen mit unermüdlichem Eifer. „Sie sollten sich schämen“, war ständig die Wendung, mit der sie jede Laune jugendlichen Uebermuts schalt. Kein Liebespaar konnte sich auf einem Wege verirren, ohne diese schredliche Harpie austauschen zu sehen. Kein Witwer durfte an eine neue Ehe denken, ohne von einer Katzenmusik bedroht zu werden. Den jungen Mädchen war es verboten, zu singen, zu lachen, schön zu sein. Und die Frauen, die ermartet genug waren, sich das Haar abschneiden zu lassen, ihnen hatte Thalie auf Tod und Leben Krieg erklärt. Die schicksten Frauen von Brunn, die Gattin des Rotars, die des Einnehmers und die Tochter des Feldbüters, mußten ihre geheimnisvolle Macht verspüren. Der Salon des Amédée Leslang war von ihr mit dem Bann belegt. Sollte sich bloß ein Gänschen hineinwagen. . .

Toinou, der Mann der Thalie, betrat heute nach Einbruch der Dunkelheit das Wirtshaus. Das kam ziemlich oft vor, obwohl er sich dessen hätte „schämen“ müssen. Aber trinken war das einzige Vergnügen dieses armen, verdüsterten, fanften, gepöbelten Geschöpfes. Er pflegte sich über Thalie mit ein wenig Bitterkeit und

viel Resignation zu beklagen. Gewöhnlich mahnte ihn Amédée zur Geduld. Heute aber klang seine Stimme wild:

„Toinou, das ist deine Schuld, wenn du unglücklich bist; du verdienst es nicht besser.“

Der Ehemann hob erstaunt den Kopf.

„Aber ja! Verwünscht! Man wehrt sich, rächt sich! . . . An Mitteln fehlt's nicht!“

„Alle habe ich versucht“, bekannte Toinou, „aber keins half. . .“

Amédée schien nachzudenken.

„Ich müßt schon, was ich an deiner Stelle täte! Das ließe sich rasch und leicht bemerstelligen. Wenn sie schläft, dann schnitte ich ihr — mit dieser Schere hier — Ri! Ri! Ri! — den Zopf hinterm Nacken ab.“

Toinou stand einen Augenblick wie betäubt. Dann lachte er über sein ganzes, sonst so bekümmertes Gesicht.

„Ein Gedanke, mein Alter . . . und wie sie sich ärgern würde! Sie ist so stolz auf ihre Haare. . . Doch ich fürchte, das wird gefährlich für mich!“

„Wie so gefährlich? Bringst du mir morgen Thalles Zopf, bekommst du für die Dauer eines Monats dein Glas Wermuth gratis. Denke nach! Das ist ein Angebot! . . . Uebrigens kannst du persönlich bei dieser Sache nur gut abschneiden. Ich vermute, die Bosheit deiner Frau steckt in ihren Haaren. Man hat das erlebt! Berüde fort, Furie weg! Die Häßlichkeit ist's, die geßäßig macht. Sieh, wie nett die Frauen in den Städten sind!“

„Die Stadtfrauen kenne ich nicht!“ bebauerte Toinou.

„Aber die Geschichte von Simson kennst du . . . von Simson und der Deilla?“

„Das war die, die ihrem Mann die Haare abschchnitt?“

„Ja. Glaubst du denn, daß immer wieder dieselben Haare drankommen müssen? Du solltest dich was schämen, Toinou!“

Am nächsten Morgen erschien Toinou im Geschäft des Friseurs; sein Gesicht war gerötet und er trug ein geheimnisvolles Wesen zur Schau.

„Hier ist er“, rief er und warf Thalles Zopf auf die Badentafel.

Amédée lächelte triumphierend:

„Schlimm genug. . . Das heißt, im Anfang hat alles geklappt; deine Schere tat Wunder. Thalie ist nicht einmal aufgewacht. . . Am Morgen erst hat sie das Unglück gemerkt. . . Ach, gab das eine Ruff! Ich hab' zwei mächtige Schellen bekommen, daß sie widerhallten. . .“

„Das waren die beiden letzten“, versicherte der Friseur.

„Glaubst du?“ fragte der durchaus nicht überzeugte Toinou.

„Ich wage mich aber nicht wieder nach Hause. . . Bei einer solchen Furie, da weiß man niemals. . .“

Amédée klopfte ihm sanft auf die Schulter:

„Geh heim, mein Alter, sage Thalie, daß du mir ihr Unglück erzählt hast und ich mich verpflichte, alles wieder gut zu machen. Sie soll heute abend, wenn es dunkel ist, zu mir kommen. Niemand wird etwas merken. Ich frisiere sie als Rinon, als Jeanne d'Arc, mache ihr einen Bubitopf. Das heißt, wenn du Tolpatz sie nicht zu sehr verschandelt hast!“

„Seitdem eine so unglückliche Verwandlung mit Thalie vor sich gegangen ist, wird der „Salon für Damen“ bei Amédée Leslang überhaupt nicht mehr leer. Der überlastete Chef mußte einen Gehilfen aus Paris kommen lassen. An den Straßeneden, im Wäsch- und Badhaus macht Thalie für die neue Mode eine geradezu wüste Reklame.“

„Ich verstehe nicht, wie man die dumme Silte, lange Haare zu tragen, beibehalten kann; das ist unbequem, schmutzig und häßlich. Die noch immer den Zopf tragen, müßten sich schämen.“

Und Toinou schwingt alle Abende im Wirtshaus große Reden. Wenn er so fortfährt, kommt er noch in den Gemeinderat.

„Ich begreife nicht“, erklärt er, „daß die Ehemänner in den Dörfern hier umher sich darauf verfeihen, ihren Frauen die Haar-tracht der Rinon, der Jeanne d'Arc zu verbieten. . . das waren doch zwei große, heilige Frauen. . . seit Thalie die Haare kurz trägt, kenne ich sie nicht mehr wieder. Sie hat sich um 20 Jahre verjüngt und ist lieb und sanft wie ein Knabe. . .“

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Johannes K u n d e.)

Mykenische Goldfunde. Bei Midea, 10 Kilometer östlich von Argos, sind jetzt mykenische Goldfunde, die den Vergleich mit keinem der bisher bekannten Goldgefäße mykenischer Zeit zu scheuen brauchen, bei einer kurzen schneidlichen Ausgrabung unter Leitung von Prof. A. Persson-Lund und Dr. Berthos gefunden worden. In einem Kuppelgrabe, das freigelegt wurde, konnten außer Skeletten eine größere Reihe von Gefäßen in Edelmetall ausgegraben werden. Das Brunnstück dieser Grabungen, über die Dr. W. J. Schuchhardt vom Deutschen Archäologischen Institut Athen im „Önomen“ berichtet, sind zwei Schalen. Die eine, in der Form dem Obertheil eines von Heinrich Schliemann seinerzeit in Mykene gefundenen Goldbeckers verwandt, zeigt auf der Unterseite ein ein taiergroßes, keeres Mittel-feld bedeckt in feingeriebener Arbeit das Leben am Meeresgrund. Mit wunderbarem Reichtum der Platanose und der Bildungsmöglich-keit wird eine liehnd bewegte Swemst auf das Rund und um den Mittelpunkt der Schale gegossen. Korallen und Intenifische, See-pferde und Seepflanzen schlingen sich in dichtem Reigen umeinander. Die andere Schale, ein schlagendes Rund aus schwerem Silber, die ein Skelet in keinem rechten Arme hielt, ist innen mit einer dicken, einfach belassenen majestätisch wirkenden Goldschicht ausgelegt. Außen am Rand sitzen im Kranz mächtige Stierköpfe, die Hörner jedes Kopfes schweben nach beiden Seiten empor, ihre Spigen treffen sich mit denen des Nachbarkopfes. Das Ganze ist in streng stilisierter Anordnung mit eingelegten Goldfäden in die Silbermasse der Schale eingelassen. Eine große, von herrlichen hochgearbeiteten Reifeten gebildete Kette sowie eine kleinere gehörten wohl zu einer weiblichen Toten. Ein Goldring zeigt auf der Siegelfläche eine inhaltlich höchst interessante Darstellung. Der die Schale haltende Toie trug am linken Handgelenk eine große mykenische Gemme. Die Reinigung der in dem Kuppelgrab gefundenen Waffen (Dolche, Schwerter, Speere) kann noch manche schöne Ueberraschung bringen. Die Grabanlage gehört in die spätmikenische Zeit.

Heliumgas in Deutschland. Die Frage der Großschiffahrt ver-mittels lenkbarer Ballons ist heute zum Wesentlichen eine Frage der Ballonfüllung. Solange die Ballonfahrer in der Hauptsache auf leicht brennbare Gase, wie Wasserstoffgas, angewiesen sind, bleibt das Unernehmen zu gefährlich, als daß es größere Ausdehnung ge-winnen könnte. Nun gibt es ein Gas, das nicht brennbar und auch leicht genug ist, um großen Luftfahrzeugen den nötigen Auftrieb sichern zu können, das Heliumgas. Aber es kommt auf der Erde — so weit verbreitet es überall ist — in nugharen Mengen doch nur spärlich vor und ist deshalb sehr teuer. Bisher wurde es nur von den reichen USA. zur Füllung ihrer Zeppeline benötigt. Aber auch sie besitzen nur wenige Heliumvorkommen von geringer Ergiebigkeit und müssen deshalb mit dem Verbrauch sparen.

Die amerikanischen Heliumquellen haben nunmehr eine deutsche Konkurrenz bekommen. Es wurde nicht nur festgestellt, daß allem Anschein nach die bekannten Erddolger in der Lüneburger Heide heliumhaltig sind, sondern auch eine Erdgasquelle auf-geschlossen, die einen Prozentsatz von 0,19 Helium ausströmt. Das ist nicht viel. Aber auch die stärksten amerikanischen Heliumquellen weisen nur einen Geh von 0,33 Proz. nugharen Gases auf. Auf jeden Fall genügt der Heliumgehalt der neuen deutschen Quelle, um eine technische Ausbeutung lohnend zu machen. Und damit ist ledent-falls das amerikanische Heliummonopol gebrochen.

